

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Institut für Politische Wissenschaft

Betreuer: Prof. Dr. Aurel Croissant

Bachelorarbeit:

Politökonomische Interdependenzen – Indonesiens Weg zur Open Access Order

vorgelegt von

Michael Meier

Matrikelnummer: 2822985

Heumarkt 3 69117 Heidelberg

Email: mi.meier@t-online.de

Heidelberg, Juni 2013

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	2
2. Theoretische Grundlage	3
2.1. Zentrale Begriffe	3
2.2. Die Limitierte Zugangsordnung	4
2.3. Die Offene Zugangsordnung.....	4
2.4. Implikationen der Offenen Zugangsordnung	6
2.5. Politökonomische Interdependenzen	7
2.6. Die Transition	8
3. Fallbeispiel Inonesien	9
3.1. 1968 bis 1982	9
3.1.1. Das Politische System	9
3.1.2. Das Ökonomische System	12
3.1.3. Die Politökonomischen Machtverhältnisse	14
3.2. 1983 bis 1997	16
3.2.1. Ökonomische Liberalisierung	16
3.2.2. Das Politische System	19
3.2.3. Das Ökonomische System	23
3.2.4. Die Politökonomischen Machtverhältnisse	24
3.2.5. Zwischenfazit I	27
3.3. 1998 bis 2010	27
3.3.1. Doppelkrise – Die Asienkrise und die politische Transition	27
3.3.2. Das Politische System	30
3.3.3. Das Ökonomische System	33
3.3.4. Die Politökonomische Machtbalance	34
3.3.5. Zwischenfazit II	36
4. Gesamtfazit.....	37
5. Literaturverzeichnis	39

1. Einleitung

In meinem Studium der Politischen Wissenschaft und der Volkswirtschaftslehre, welches ich mit dieser Bachelorarbeit abschließen werden, ergaben sich für mich nur sehr wenige Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft. Das Studium der Politischen Wissenschaft betrachtete dabei das Politische System fast völlig getrennt von wirtschaftlichen Gegebenheiten. Häufig ging es innerhalb des Politischen Systems dabei um Begriffe wie Macht, Herrschaft, Zwang, Konflikt oder Interesse. Das Studium der Volkswirtschaftslehre betrachtete dann ebenso meist nur Ökonomische System losgelöst von politischen Interessen.

In der Wissenschaft gibt nur sehr wenig aktuelle umfassende Versuche, die Wechselwirkungen von Politik und Wirtschaft genauer unter die Lupe zu nehmen. Als ein sehr einsichtsreicher aktuellerer Versuch kann hierbei das 2009 erschienene Buch „Violence and Social Order“ der Autoren North, Wallis und Weingast¹ (im Folgenden NWW genannt) gelten. In diesem Buch versuchen NWW die Erkenntnislücke der politökonomischen Wechselbeziehungen mit Hilfe eines institutionellen Analyserahmens zu verstehen.

Als Untersuchungsgegenstand der folgenden diachronen Einzelfallstudie dient dabei Indonesien. Da in Indonesien beginnend ab 1983 eine vergleichsweise rasche und umgreifende ökonomische Liberalisierung stattfand, welche das Land ab Mitte der 1990er Jahre sogar zu einem weltweiten Vorbild für wirtschaftliche Liberalisierung in Asien werden lies, sowie durch die Gegebenheit, dass die Asiatische Wirtschaftskrise in Indonesien im Jahre 1998 mit einer Transition des Politischen Systems zur Demokratie zusammenfällt (Doppelkrise), eignet sich das Land sehr gut, um Verbindungen und Wechselwirkungen des Politischen und Ökonomischen Systems zu analysieren.

In der Arbeit soll nun innerhalb NWWs theoretischem Rahmen allgemein versucht werden, Indonesiens Politökonomische Wechselwirkungen nachzuzeichnen und aufzuzeigen. Die Arbeit soll demnach genauer an Hand der zwei geschilderten Wendepunkte des Landes den drei folgenden Fragen nachgehen:

F1: Wie und warum haben sich Politisches und Ökonomisches System, sowie deren Machtbeziehungen zueinander seit der Liberalisierung der Wirtschaft ab 1983 verändert?

F2: Wie und warum haben sich Politisches und Ökonomisches System, sowie deren Machtbeziehungen zueinander seit der Doppelkrise ab 1998 verändert?

F3: Wie ist Indonesiens Entwicklung auf dem Weg zur Open Access Order einzuschätzen?

Die Arbeit gliedert sich in einen theoretischen Teil und der Fallstudie und wird mit einem Gesamtfazit beendet. Aufbauend auf einem möglichst umfassenden Überblick über das Theoriegebäude von NWW's Open Acces Order, erstreckt sich der gesamte Zeitrahmen des Fallbeispiels ausgehend vom Startpunkt des indonesischen Staatsmodells 1968 bis hin zum Jahr 2010, als der Zeitpunkt bis zu dem der Fall für einen umfassenden Blick weitestgehend mit Literatur abgedeckt werden konnte. Dabei werden drei Zeitliche Phasen unterschieden, die wiederum jeweils das Politische und das Ökonomische, sowie deren

¹ NORTH, DOUGLASS CECIL; WALLIS, JOHN JOSEPH; WEINGAST, BARRY R. (2009): *Violence and Social Orders. A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History*. CAMBRIDGE, NEW YORK: CAMBRIDGE UNIVERSITY PRESS.

Machtbeziehungen zueinander betrachten. Die erste Phase dient der Beschreibung des Falls bis 1983 und bildet die Grundlage für die dann darauf aufbauenden Veränderungen der darauffolgenden Phasen zwei und drei dar. Die Phasen zwei und drei werden jeweils mit einem Zwischenfazit beendet, in denen eine Antwort auf die Fragen 1 und 2 gegeben werden soll. Den Schluss bildet ein Gesamtfazit, in dem auch die Frage drei eine Antwort erhalten soll.

2. Theoretische Grundlage

NWW unterscheiden in „Violence and Social Order“ zwischen einer „Limited Access Order“² und einer „Open Access Order“³. Limitiert bzw. offen sind dabei vor allem Institutionen und Organisationen. Dies wiederum hat weitreichende Konsequenzen für den gesamten Modus der sozialen Ordnung. Die zwei sozialen Ordnungen und ihre weitreichenden Konsequenzen werden nach einer kurzen Erläuterung der für die Theorie zentralen Begriffe, Dominante Koalition, Institution und Organisation genauer dargestellt.

2.1. Zentrale Begriffe

Eine Dominante Koalition ist nach NWW ein elitärer Zusammenschluss von sozial dominanten Akteuren, aus für den Staatserhalt wesentlichen Bereichen, vor allem aus der Politik, der Wirtschaft und dem Militär, aber auch aus z.B. dem religiösen Bereich oder dem Bildungssektor. Die Art und Weise, wie diese Dominante Koalition sich organisiert, bestimmt den Unterschied zwischen limitierter und offener Zugangsordnung. Ziele der Dominanten Koalition ist die Generation von Renten sowie der Erhalt und die Erweiterung von Macht. Als Mittel zur Machtausübung dient der Dominanten Koalition die Kontrolle über, sowie der Einsatz von Ideologie, Remuneration und Gewalt. Sozial dominante Akteure der Dominanten Koalition sind innerhalb ihres gesellschaftlichen Bereiches über Patron-Klienten Netzwerke strukturiert und stehen über diese mit der Zivilgesellschaft in Kontakt. Über diese Netzwerke erfolgt die Generation sowie die Redistribution der Macht. Institutionen definieren NWW als „the rules of the game“ und „patterns of interaction“. Diese Interaktionsmuster schaffen positive sowie negative Anreizmotive für Handlungen der Akteure des Spiels. Dabei wird zwischen formellen Institutionen (kodifizierte Regeln wie Verfassungen, Gesetze, Satzungen etc.), informellen Institutionen (gesellschaftliche und kulturelle Verhaltensnormen oder handlungsbedingende Werte etc.) und geteilten Überzeugungen (gegenseitig antizipierter Glaube über das Verhalten anderer Menschen sowie über deren Durchsetzungsmöglichkeiten) unterschieden.

Organisationen verstehen NWW als handelnde Akteure des Spiels, welche in institutionelle Rahmenbedingungen eingebettete Zusammenschlüsse von Mitgliedern mit gleichen Interessen und Zielen

² im Folgenden auch Limitierte Zugangsordnung und Limitierte Soziale Ordnung genannt

³ im Folgenden auch Offene Zugangsordnung und Offene Soziale Ordnung genannt

darstellen. Die dominante Koalition kann als ein Zusammenschluss der wichtigsten Organisationen verstanden werden, und bildet somit die Organisation der Organisationen.⁴

2.2. Die Limitierte Zugangsordnung

Die wesentlichen Merkmale der Limitierten Zugangsordnung, sowie deren Implikationen für den Organisationsmodus der sozialen Ordnung, werden im Folgenden nur stichpunktartig dargelegt, ihre Funktionen werden aber bei der Gegenüberstellung mit der Offenen Zugangsordnung ausführlich erläutert werden. Kennzeichnend für die Limitierte Zugangsordnung sind: personelle Beziehungen mit idiosynkratischen sich ad-hoc-artig bildenden nicht kodifizierten Interaktionen (wenig personenunabhängige Institutionen), limitierte Zugänge zu Organisationen (wenig offene Organisationen), eine Verschmelzung von öffentlicher und privater Sphäre (wenig Privatsphäre) sowie kaum kompetitive Organisationen (wenig Wettbewerb). Aus diesem Muster der Organisation heraus ergeben sich für die Limitierte Soziale Ordnung weitreichende Implikationen, die gekennzeichnet sind durch einen Mangel an: Adaptivität und Stabilität, Komplexität sowie Gewaltfreiheit.⁵

2.3. Die Offene Zugangsordnung

Personenunabhängige Institutionen: In der Offenen Zugangsordnung basieren vor allem die Interaktionen innerhalb der Dominanten Koalition auf personenunabhängige, reglementierten und standardisierten zwischenmenschlichen Beziehungen, welche dann auch einen personenunabhängigen Austausch von Informationen, Waren und Dienstleistungen ermöglichen. Personenunabhängige Institutionen meint nicht, dass Institutionen alle Menschen gleich behandeln, sondern nur, dass die handlungsbedingenden Institutionen dabei unabhängig von individuellen Persönlichkeiten⁶ sind. NWW differenzieren dabei zwischen der eben genannten individuellen und einer sich aus der gesellschaftlichen Stellung ableitenden sozialen Persönlichkeit. Eine soziale Identität ergibt sich aus den Rechten, Pflichten und den Privilegien, die eine Person auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu einer sozialen Organisation im Staat erhält. In Offenen Zugangsordnungen ist vor allem das Recht Organisationen zu gründen, sowie bestehenden Organisationen beizutreten, nicht von individuellen Persönlichkeiten abhängig. Wo personenunabhängige Institutionen nicht von individuellen Personen abhängig sind, garantieren diese auch eine von Menschen unabhängige willkürsfreie Rechtsstaatlichkeit. Personenunabhängigkeit ermöglicht es, dass Institutionen zum einen standardisiert und reglementiert, zum anderen – auf Grund ihrer auf sozialen Persönlichkeiten basierenden Definition – auch fortdauernd und beständig werden können.⁷

⁴ NORTH; WALLIS; WEINGAST (2009): 1-29.

⁵ NORTH; WALLIS; WEINGAST (2009): 18-21

⁶ NWW nennen dabei Intelligenz, Körpergröße, persönliche Einstellung, Fähigkeiten und Fleiß

⁷ NORTH; WALLIS; WEINGAST (2009): 150-154 u. 33-35.

Offene Organisationen: Eine Offene Zugangsordnung zeichnet sich weiter durch offene Organisationen aus, welche sich wiederum unabhängig von ihren Organisationsmitglieder definieren. Die Rechte, Pflichten und Privilegien, die sich aus einer Organisation ableiten, sind demzufolge nicht an individuelle Persönlichkeiten gebunden. Auf personenunabhängigen Institutionen basierende Organisationen ermöglichen es, dass inner- und interorganisatorische Interaktion nicht von persönlichen Beziehungen abhängig werden. Dadurch wird der Zutritt zu Organisationen für alle Menschen offen, und die Organisation kann unabhängig von individuellen Persönlichkeiten ebenso fort dauern und beständig werden. Dabei ist zu beachten, dass fort dauernde beständige Organisationen nur dann existieren können, wenn ihre Organisationen in fordauernde beständige Institutionen eingebettet sind. personenunabhängige Institutionen benötigen aber wiederum Organisationen, welche die Einhaltung der personenunabhängigen Institutionen garantieren und kontrollieren können. Die Personenunabhängigkeit der Institutionen und die Offenheit der Organisationen sind also wechselseitig verschränkt.⁸

Private Sphäre: Die Offene Zugangsordnung ermöglicht, vor allem durch das personenunabhängige Recht Organisationen gründen zu dürfen, die Entstehung privater Organisationen in einer vor staatlichen Eingriffen geschützten Sphäre. Private Organisationen werden dabei durch personenunabhängige Institutionen vor anderen Organisationen, vor allem aber vor dem Staat selbst durch gesetzlich garantierte Eigentumsrechte geschützt. Eine Offene Soziale Ordnung zeichnet sich durch eine Vielzahl außerstaatlicher durch Privat- und Eigentumsrechte geschützter Organisationen aus.⁹

Wettbewerb: Durch die Bereitstellung personenunabhängiger Organisationen können in vielen Bereichen neue Organisationen entstehen, was wiederum den Druck auf bestehende Organisationen erhöht, und einen gesteigerten Wettbewerb ermöglicht. Durch den offenen Charakter der Organisationen wird Wettbewerb nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb von Organisationen möglich. Die Personenunabhängigkeit des Rechts zur Gründung von Organisationen ermöglicht es zum einen, dass neue Organisationen schon bestehende, weniger effiziente Organisationen verdrängen, und zum anderen, dass sich neue Organisationen in vorher unerschlossenen innovativen Bereichen bilden können. Wo die Interaktion von Organisationen und der Austausch von Informationen, Güter- und Dienstleistungen von persönlichen Beziehungen abhängig ist, ergeben sich für die Interaktionspartner der Dominanten Koalition auch fest verflochtene und somit auch höhere Renten, und führen zu mehr Fällen von Korruption. Die Renten der Mitglieder in einer Offenen Zugangsordnung unterliegen dagegen einem gesteigerten Wettbewerb, was diese weniger fest und somit kleiner und auch unbestimmter werden lässt.¹⁰

⁸ NORTH; WALLIS; WEINGAST (2009): 152

⁹ NORTH; WALLIS; WEINGAST (2009): 47f.

¹⁰ NORTH; WALLIS; WEINGAST (2009): 23-25. u. 115.-117.

2.4. Implikationen der Offenen Zugangsordnung

Adaptivität und Stabilität: Wo die innerliche Veränderung von Organisationsmitgliedern sowie das Entstehen neuer Organisationen nicht durch personelle Beziehungen eingeschränkt und limitiert wird, können diese sich an z.B. technologische, wirtschaftliche oder soziale Veränderungen der äußeren Umwelt besser anpassen und sind somit adaptiver. Wo sich innere Organisationsstrukturen sowie die Struktur der Organisationen zueinander auf Grund von personenunabhängigen Institutionen und offenen Organisationen unabhängig von persönlichen Beziehungen anpassen können, werden Staaten adaptiv und können vor allem langfristig eine hohe Stabilität erreichen. Da es limitierten sozialen Ordnungen nach NWW an Adaptivität mangelt, können diese zwar eine ganze Zeit lang ihre Stabilität erhalten, erfahren aber auf lange Sicht immer wieder abrupte und massive Einbrüche.¹¹

Komplexität: Auf Grund der personenunabhängigen, willkürsfreien institutionellen Einbettung der ebenso offenen und beständigeren Organisationen, welche sich in der Offenen Zugangsordnung zudem auch außerhalb des Staates in einer von diesem geschützten privaten Sphäre befinden, erhalten inner- und zwischenorganisatorische Beziehungen vor allem auf längere Sicht mehr Vertrauen und eine größere Glaubwürdigkeit, und führen zu einem stärkeren Investitionswillen und zu einer gesteigerten Komplexität. Durch gesteigertes gegenseitiges Vertrauen kann der Austausch von Informationen, Gütern und Dienstleistungen auf längere Sicht vertraglich festgeschrieben werden, so dass es zu einer komplexitätssteigernden Spezialisierung kommen kann.¹²

Gewaltfreiheit: Die von NWWs sehr interessanten Ausführungen über die Zusammenhänge der Gewalt, sowie die dazu im Zusammenhang stehende dritte „Türschwelle“ in Teil 2.6, sollen hier nur zur Vervollständigung des Theoriegebäudes beschrieben werden. Die Dominante Koalition der Limitierten Zugangsordnung besitzt dabei die Kontrolle über zentralisierte Gewaltmittel und übt darüberhinaus ein Monopol über den Einsatz legitimer Gewalt aus, demzufolge der Einsatz von legitimer Gewalt nur nach bestimmten und für alle gleichen Regeln zulässig ist. Im Gegensatz dazu sind die Gewaltmittel in der Limitierten Sozialen Ordnung zerstreut, wodurch mehrere Akteure der Dominanten Koalition Zugang zu Gewaltmitteln besitzen. Trotzdem kann die Limitierte Zugangsordnung Gewaltausbrüche oft über längere Zeit verhindern. Direkte Gewaltfreiheit wird dabei im Hintergrund durch indirekte Gewalt, d.h. durch gegenseitige Gewaltandrohungen überschattet, und kann nur solange aufrechterhalten bleiben, bis eine inner Balance der Dominanten Koalition in einem „Gleichgewicht des Schreckens“ besteht. Die durch das System der Patron-Klienten Netzwerke generierten und verteilten Renten halten dabei die über Gewaltmittel verfügenden Akteure der Dominante Koalition solange vom Einsatz von Gewalt ab, wie diese größer sind, als die durch direkten Gewalteinsatz zu erwartenden Renten.¹³ In der Limitierten

¹¹ NORTH; WALLIS; WEINGAST (2009): 133-136. u. 144-147.

¹² NORTH; WALLIS; WEINGAST (2009): 252-254.

¹³ Dabei kann für einige Akteure ein Interesse an der Perpetuierung struktureller Gewalt bestehen.

Zugangsordnung werden die Renten durch personelle Beziehungen innerhalb der Patron-Klienten Netzwerke generiert und verteilt. Eine oft von der Weltbank und anderen Entwicklungsorganisationen verfolgte Antikorruptionsstrategie kann dadurch gerade oft Rentenflüsse unterbrechen, und so den Ausbruch von Gewalt herbeiführen. Zentral dabei ist das Verständnis, dass ein „Gleichgewicht des Schreckens“ nur erfolgreich aufrechterhalten werden kann, solange Institutionen personell, und Organisationen geschlossen bleiben, da dadurch größere Machtwechsel innerhalb der Dominanten Koalition sowie Strukturveränderungen der Patron-Klienten Netzwerke vermieden werden können. Verhandlungsfehler bei Machtwechseln und strukturellen Veränderungen führen bei zerstreuten Zugängen zu Gewaltmitteln dann in der Limitierten Zugangsordnung langfristig regelmäßig zu Gewaltausbüchen. Im Gegensatz dazu verhindert das Gewaltmonopol sowie die Reglementierung des Einsatzes legitimer Gewalt der Offenen Ordnung, dass es bei Machtverschiebungen innerhalb der Dominanten Koalition zum Ausbruch von Gewalt kommen kann.¹⁴

2.5. Politökonomische Interdependenzen

Doppelbalance: Da die Limitierte Soziale Ordnung generell Organisationseintritte und –gründungen beschränkt, sind diese auch im Politischen sowie im Ökonomischen System limitiert. Will eine soziale Ordnung auf lange Sicht stabil bleiben, muss diese nicht nur allgemein offen und adaptiv sein, sondern auch eine doppelte Balance bezüglich der Offenheit des Politischen und des Ökonomischen Systems aufweisen. NWW erklärt dies wie folgt: „... *open access and entry to organizations in the economy support open access in politics, and open access and entry in politics support open access in the economy.*“ Nww 24 Da sich geöffnete Systeme auch wieder schließen können, folgt die Anpassung allerdings keiner teleologischen Richtung hin zu immer offeneren Politischen und Ökonomischen Systemen.¹⁵

Scheinbare Unabhängigkeit: Da der Eintritt in die Dominante Koalition in der Limitierten Ordnung stark beschränkt und nur über persönliche Kontakte möglich ist, bestehen häufig auch sehr enge persönliche Kontakte zwischen Politik und Wirtschaft. Oft werden für ökonomische Aktivitäten politische Kontakte zur zwingenden Notwendigkeit. Ökonomische und politische Akteure stehen dabei oft in einem sehr engen gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis, in dem staatlich vergebene Aufträge, Kredite, Lizenzen, Subventionen oder spezielle gesetzliche Regelungen gegen politische Unterstützung sowie vor allem Remunerationen getauscht werden. Die dadurch entstehenden Renten sind auf Grund des jeweiligen limitierten, nicht kompetitiven Ökonomischen und Politischen Systems miteinander verflochten und dadurch vergleichsweise hoch. Im Gegensatz dazu scheinen die Politischen und Ökonomischen Systeme der Offenen Sozialen Ordnung voneinander unabhängig zu sein. Durch eine gesetzlich garantierte private Sphäre werden ökonomische Aktivitäten auch ohne politische Verbindungen möglich. Wo sich Möglichkeiten

¹⁴ NORTH; WALLIS; WEINGAST (2009): 13f u. 18-21.

¹⁵ NORTH; WALLIS; WEINGAST (2009): 20 u. 42.

der politökonomischen Kollusion um Renten ergeben, unterliegen diese auf Grund der Offenheit der jeweiligen Systeme einem ständigen Wettbewerb, welcher die Renten sich nicht verfestigen und somit kleiner werden lässt.¹⁶

2.6. Die Transition

Nach NWW ist der Übergang von einer limitierten zu einer offenen Zugangsordnung sehr komplex, langwierig und nur sehr schwer zu erreichen. Bisher haben nur ein paar wenige Staaten in Europa und die USA den schwierigen Übergang bewältigen können. Die Transition verläuft dabei in zwei Phasen. In der ersten Phase werden die elitären Interaktionen der Dominanten Koalition personenunabhängige, kodifiziert und standardisiert. Dabei haben vor allem marginalisierte Eliten der Dominanten Koalition ein Interesse an allgemeinen personenunabhängigen elitären Institutionen und offenen Organisationen. Um die erste Phase der Transition, die nach NWW mehr als 50 Jahre dauern kann, zu überwinden, müssen drei sich gegenseitig bedingende Eigenschaften der Dominanten Koalition zeitgleich zusammentreffen. Nachdem die drei notwendigen Eigenschaften (von NWW Türschwellen genannt) erreicht wurden, beginnt die zweite, die eigentliche Transition, in der sich dann die personenunabhängigen intraelitären Institutionen der Dominanten Koalition auf die Zivilgesellschaft ausweiten und übertragen. Eine erfolgreiche Transition zeigt sich vor allem an langfristiger Gewaltfreiheit, politischer und ökonomischer Stabilität, sowie an einer stark gestiegenen Anzahl und Komplexität von Organisationen, welche sich zudem in großer Anzahl außerhalb der staatlichen Sphäre befinden.¹⁷

Die drei „Türschwellenbedingungen“

1. Standardisierte, kodifizierte und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtete personenunabhängige intraelitäre Beziehungen innerhalb der Dominanten Koalition
2. Fortdauernde beständige personenunabhängige Organisationen
3. Konsolidierte Kontrolle und Regeln über den Einsatz legitimer Gewalt

Die drei Türschwellenbedingungen bedingen sich gegenseitig, so dass nur gleichzeitige und gleichgerichtete sich wechselseitig verstärkende Wirkung zur Entwicklung der Schwelleneigenschaften führen kann. Standardisierte kodifizierte personenunabhängige Elitenbeziehungen können nur durch fortdauernde beständige Organisationen entstehen, welche die Rechtsstaatlichkeit der personenunabhängigen elitären Beziehungen überwachen und durchsetzen können. Fortdauernde beständige Organisationen sind wiederum nur möglich, wenn ihre Existenz von einer fortdauernden und beständigen Dominanten Koalition gesichert und unterstützt wird. Eine konsolidierte Kontrolle über den Einsatz von legitimer Gewalt setzt wiederum

¹⁶ NORTH; WALLIS; WEINGAST (2009): 24f u. 111.

¹⁷ NORTH; WALLIS; WEINGAST (2009): 150-181

beständige personenunabhängige Organisationen voraus, welche die Kontrolle durchführen und durchsetzen können.¹⁸

3. Fallbeispiel Inonesien

Im Fallbeispiel soll nun versucht werden, NWWs Theoriegebäude der Offenen Zugangsordnung an Hand der Entwicklung Indonesiens nachzuzeichnen. Dazu wird der Untersuchungszeitraum in drei Phasen eingeteilt, in denen durch das parallele Aufzeigen der jeweils im Politischen und Ökonomischen System stattfindenden Veränderungen, deren Zusammenhänge verdeutlicht werden können. Dazu werden in jeder zeitlichen Phase die Machtverhältnisse und deren Verschiebungen aufgezeigt werden. Bei der Beschreibung des Politischen und Ökonomischen Systems soll sich der Analyseblickwinkel dabei jeweils ausgehend von der Spitze der Dominanten Koalitionen stetig weiter nach unten zu der Zivilgesellschaft senken.

3.1.1968 bis 1982

Im Folgenden Abschnitt 3.1 soll versucht werden, ein Verständnis über die grundlegenden Funktionsweisen der Neuen Ordnung bis 1983 herzustellen, um auf dieses aufbauend, die sich ab 1983 ereignenden Veränderungen analysieren zu können.

3.1.1. Das Politische System

Durch die guerillaartige Befreiungsstrategie des totalen Volkswiderstandes entwickelte das Militär während des Unabhängigkeitskampfes gegen die holländischen Kolonialherren starke dezentrale und gegenseitig unabhängige territoriale Strukturen mit jeweils auch eigenen zivil-administrativen Strukturen. Das Militär war zudem im Volk als Befreier der Nation stark legitimiert. Nach einer relativ demokratischen Phase des Politischen Systems folgte bis 1968 eine zunehmende außenpolitische Anlehnung an den kommunistischen Ostblock, die innerstaatlich mit dem Aufbau einer starken Kommunistischen Partei Indonesiens – sowie einem „Socialism a la Indonesia“ – einher ging.¹⁹ Die zunehmenden externen und internen Spannungen des Politischen Systems entluden sich im Jahre 1968 durch gezielten Ermordungen von ca. 500.000 bis eventuell sogar 1,5 Millionen Kommunisten²⁰. Die „Säuberungen“ des Politischen Systems von kommunistischen Elementen durch das Militär ermöglichte es diesem daraufhin, die wichtigsten Posten der Regierung sowie der Bürokratie zu besetzen, und das Politische System zunehmend zu beherrschen.²¹ Nachdem das Militär als Befreier der kolonialen Unterdrückung noch stark legitimiert war, konnte dieses sich 1968 erneut als

¹⁸ NORTH; WALLIS; WEINGAST (2009): 149 - 169.

¹⁹ HEIDUK, FELIX (2010): *Staatszerfall als Herrschaftsstrategie. Indonesien Zwischen Desintegration und Demokratisierungsblockade am Beispiel des Aceh-Konflikts*. 1. Aufl. Baden-Baden, Berlin: Nomos; SWP, Stiftung Wissenschaft und Politik (Aktuelle Materialien zur internationalen Politik, S. 60

²⁰ Die Massaker führten zur völligen Auslöschung der bis dahin weltweit dritt größten Kommunistischen Partei PKI. E13 51

²¹ SLATER, DAN (2010): *Altering Authoritarianism. Institutional Complexity and Autocratic Agency in Indonesia*. In: EXPLAINING INSTITUTIONAL CHANGE : AMBIGUITY, AGENCY, AND POWER. CAMBRIDGE [u.a.]: Cambridge Univ. Press, S. 145 u. HEIDUK 2010: 51.

Beschützer der Nation vor einer kommunistischen Bedrohung in Szene setzen und die darauffolgende militärische Beteiligung bzw. Kontrolle über das Politische System durch die sogenannte Dwifungsi-Doktrin verfassungsrechtlich absichern. Gesellschaftlich legitimiert konnte das Militär so über die starke dezentrale Doppelstruktur nach 1968 schnell zum zentralen Akteur des Politischen Systems aufgestiegen, so dass das Politische System bis 1983 größtenteils unter der Kontrolle der Militärs stand.²² Slater beschreibt die Neue Ordnung nach ihren Anfängen 1968 bis in die 1980er Jahre als „collectivist military rulership“²³. Hervorzuheben ist hierbei der eher kollektivistische oligarchische Charakter der Dominanten Koalition. Slater dazu: „*Despotic institutions were thus more oligarchic than autocratic at the New Order's onset, with a consortium of generals making all the political decisions that counted.*“²⁴ Chua ist der Meinung, dass das Politische System zudem anfänglich auf Grund des tief verwurzelten traditionellen javanesischen Patrimonialismus von nur „wenig institutionalisierten intraelitären“ Beziehungen gekennzeichnet war.²⁵

Die Abgrenzung der Politischen Eliten²⁶ zur Zivilgesellschaft bis 1983 kennzeichnet sich durch ein System des autokratischen Korporatismus. Nach MacIntyre kann Korporatismus generell als ein System zur Vermittlung von Interessensgruppen verstanden werden.²⁷ Nach Stephens werden dabei zum einen staatlich kontrollierte Interessensgruppen gegründet oder bestehende Interessensgruppen kooptiert, zum anderen wird bei der negativen autokratischen Form auch versucht, das Entstehen von neuen Interessensgruppen zu limitieren (durch ideologische Indoktrination sowie durch die Einschränkung von Meinungs-, Presse-, und Versammlungsfreiheit²⁸).²⁹ Staatlich kontrollierte Interessensgruppen sollen dabei nach Möglichkeit einen echt-repräsentativen und unabhängigen Anschein erwecken.³⁰ Obwohl der demokratische Korporatismus auch als ein System zur Organisation von Interessen verstanden werden kann, welcher Interessen konzentrieren, konzertieren und an den Staat transformieren kann, geht Hartono davon aus, dass es sich bei der indonesischen Neuen Ordnung um eine Form des autokratischen Korporatismus handelte.³¹ Nach Rosser dienten der Politischen Elite die staatlich kontrollierten Interessensgruppen dabei als Instrumente zur Überwachung und Kontrolle der Zivilgesellschaft, die auf Grund ihres repräsentativen Anscheins zudem

²² HEIDUK 2010: 60.

²³ SLATER 2010: 141

²⁴ SLATER 2010: 146 u. CHUA, CHRISTIAN (2008): *Chinese Big Business in Indonesia. The State of Capital*. London, New York: Routledge (ROUTLEDGE CONTEMPORARY SOUTHEAST ASIA SERIES, 17), S. 1-197.

²⁵ CHUA, CHRISTIAN (2008): *Chinese Big Business in Indonesia. The State of Capital*. London, New York: Routledge (ROUTLEDGE CONTEMPORARY SOUTHEAST ASIA SERIES, 17), S. 20 u. HEIDUK 2010: 56

²⁶ Im Folgenden auch Polit-bürokratische Eliten oder einfach Politbürokraten genannt

²⁷ MACINTYRE, ANDREW J. (1994): *Organising Interests. Corporatism in Indonesian Politics*. Murdoch, W.A: ASIA RESEARCH CENTRE ON SOCIAL, POLITICAL AND ECONOMIC CHANGE, Murdoch University (Working paper / Asia Research Centre, Murdoch University, 43), S. 1.

²⁸ Z.B. Durch limitierte Lizenzvergabe und undurchlässige Registrierungsverfahren

²⁹ MACINTYRE 1994: 1 u. ROSSER, ANDREW (2002): *The Politics of Economic Liberalisation in Indonesia. State Market and Power*. RICHMOND, SURREY: CURZON, S. 20

³⁰ MACINTYRE 1994: 1

³¹ HARTONO, IRAWAN (2011): *State-Business Relations in Post-1998 Indonesia. The Role of Kadin*. Groningen: University of Groningen, S. 25

Legitimität spendeten.³² „*The only interest groups formally permitted to exist are those chartered or sanctioned by the state*“³³, so MacIntyre über den indonesischen Korporatismus. Eine vertikale Strukturierung der Interessensorganisationen an Hand funktionaler Gruppen verhindert dabei zum einen einen autonomen Wettbewerb zwischen Interessensvertretungen, und zum anderen die Interessensaggregation auf Basis politischer oder auf Klassen basierender Identitäten.³⁴ Funktionale Gruppen werden dabei nach primordialen beruflichen Bindungen geschaffen, so dass es in Indonesiens Neuer Ordnung Interessensvertretungen für Arbeiter, Bauern, Fischer, Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte und andere Berufsstände gab.³⁵ Ufen 84 ufen Nach der Regel „Teile und Herrsche“ wurde dabei die kollektive zivilgesellschaftliche Interessensvertretung gegenüber der Politischen Elite zerstückelt und somit im kleinen absorbierbar gehalten. Hadiz spricht dabei von systematischer Desorganisation der zivilen Gesellschaft.³⁶ In diesem Zusammenhang kann auch die informelle SARA-Doktrin³⁷ gesehen werden, nach der gesellschaftliche Diskussionen über Ethnie, Religion, Rasse sowie intergrupale Beziehungen in der Zivilgesellschaft verpöht waren. Untermuert wurde das autokratisch-korporatistische System durch die alles durchdringende, auf Integration, Harmonie und Konsens basierende Staatsideologie Pancasila.³⁸ Der Staat wurde dabei als Organismus und als harmonisches Ganzes nach dem natürlichen Vorbild der einheitlichen Familie verstanden, welche jede Aufspaltung des Staates in elitäre und zivilgesellschaftliche Teile, sowie jedwede Vorstellung einer legitimien Opposition ablehnte.³⁹ Rechte wurden dabei nicht als individuell, sondern als kollektiv d.h. nur als Mitglieder funktionaler Gruppen wahrgenommen, welche dann in Harmonie und Konsens mit dem Staat zu einem Ausgleich ihrer Interessen finden würden.⁴⁰ Zentrale Bestandteile waren dabei die drei offiziell anerkannten Parteien und unter ihnen vor allem die Golkar-Partei, welche nach MacIntyre das Kernstück des indonesischen Korporatismus darstellte.⁴¹ Da es diesen Parteien verboten wurde, auf den untersten zwei Verwaltungsebenen - d.h. in Dörfern und in Kleinstädten, in denen der größte Teil der Bevölkerung lebte - Ortsverbände zu bilden, konnte die Zivilgesellschaft als „Fließende Masse“ davon

³² ROSSER, ANDREW (2002): *The Politics of Economic Liberalisation in Indonesia. State Market and Power*. RICHMOND, SURREY: CURZON, S. 17 u HARTONO 2011: 25.

³³ MACINTYRE 1994: 2

³⁴ UFEN, ANDREAS (2002): *Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien (1965-2000)*. Hamburg: IFA Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, S. 84 u. GOLLWITZER FRANKE, SOPHIA; QUINTYN, MARC (2012): *Institutional transformations, polity and economic outcomes. Testing the North-Wallis-Weingast doorsteps framework*. In: IMF WORKING PAPER WASHINGTON, DC. W/P/12/87, S. 29.

³⁵ Vor allem auf Beamten, Journalisten und Arbeitern aber auch auf Angehörigen der anderen Berufsgruppen wurde ein hoher Druck ausgeübt, in die staatlich kontrollierten Organisationen einzutreten. UFEN 2002: 84.

³⁶ HEIDUK 2010: 53

³⁷ SARA stellt dabei ein indonesisches Akronym dar, welches für Ethnie, Religion, Rasse und intergrupale Beziehungen steht. E6 dazu: „*The Indonesian state established the informal but strict rule that no issue relating to SARA was to be discussed or debated publicly. The outward purpose of the SARA prohibition was to prevent political passions from being aroused over real social cleavages, but it also served to disallow grievances against the New Order regime from being discussed, debated or even spoken.*“ BRESNAN 2005:143.

³⁸ UFEN 2002: 89.

³⁹ UFEN 2002:88

⁴⁰ UFEN 2002:88 u. MACINTYRE 1994: 7

⁴¹ MACINTYRE 1994: 3

abgehalten werden, über ihre Stimmenabgabe hinaus wirklich politisch aktiv zu werden.⁴² Als ultimates Mittel blieb der Dominanten Koalition zudem die Repression, die ebenso ein konstantes Merkmal der Neuen Ordnung bis 1983 darstellt.⁴³

3.1.2. Das Ökonomische System

Um die innere Struktur der Ökonomischen Elite⁴⁴ bis 1983 verstehen zu können, ist ein Blick zurück bis in die holländische Kolonialzeit notwendig. Da die Holländer auf Grund kultureller und sprachlicher Barrieren keinen direkten Zugang zu den indonesischen Märkten besaßen, nutzten sie für die wirtschaftliche Ressourcenextraktion und vor allem für den Handel einen kleinen Kreis gesellschaftlich verwurzelter sino-indonesischer Geschäftsleute. Durch die sino-indonesische Wirtschaftselite konnten die Holländer einerseits indirekt in den indonesischen Markt eindringen und andererseits den Großteil der indigenen Bevölkerung von wirtschaftlich bedeutenden Positionen ausschließen. Des weiteren war die sino-indonesische Wirtschaftselite auf Grund ihrer besonderen ethnischen Identität leicht von den Kolonialherren zu kontrollieren. Zudem verfügten sie über für den Handel nützliche Verbindungen zu anderen chinesischen Exilgemeinden in den umliegenden asiatischen Staaten.⁴⁵

Auch die Neue Ordnung konnte ab 1968, den gleichen Mustern folgend, die sino-indonesische Wirtschaftselite⁴⁶ erfolgreich für sich nutzen. beschreibt, wie „... *the Chinese capitalists were purposefully raised and installed as junior partners in pervasive patronage networks.*“⁴⁷

Die sino-indonesische Wirtschaftselite stellt zudem einen sehr engen, nur schwer zugänglichen kleinen Personenkreis dar, so Chua.⁴⁸ Da der neuen, vor allem aus dem Militär stammenden, Politischen Elite das nötige unternehmerische Know-How fehlte, installierten diese die chinesischen Kapitalisten als Partner in Staatsunternehmen und in privaten Joint-Ventures. Durch die staatlich kontrollierten, reichlich vorhandene Ölfrenten und mit Hilfe der chinesischen Großunternehmer, konnte sich über die 1970er Jahre eine mächtige, sich größtenteils innerhalb der staatlichen Schutzsphäre befindende, Ökonomische Elite bilden.⁴⁹ Dabei kommt es in dieser Phase zu einer Überschneidung der Politischen mit der Ökonomischen Elite innerhalb des Ökonomischen Systems. Politische Eliten mit ökonomischen Interessen werden im Folgenden

⁴² UFEN 2002: 94 u. MACINTYRE 1994:6 u. BRESNAN 2005: 142.

⁴³ ROSSER 2002: 17

⁴⁴ Im Folgenden sino-indonesische Wirtschaftselite oder chinesische Großunternehmer genannt

⁴⁵ CHUA 2008: 44f.

⁴⁶ Der chinesische Anteil an der indonesischen Bevölkerung beträgt heute ca. 3%. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass wiederum nur ein kleiner, mächtiger Teil der chinesischstämmigen Indonesier von der Polit-bürokratischen Elite kooptiert wurde. Soll im Folgenden Bezug auf die gesamten in Indonesien lebenden Chinesen genommen werden, so werden diese im Folgenden ethnische Chinesen genannt.

⁴⁷ CHUA 2008: 66.

⁴⁸ CHUA 2008: 12.

⁴⁹ WINTERS, JEFFREY A. (1988): *Indonesia: The Rise of Capital: A Review Essay*. In: SOUTHEAST ASIA PROGRAM PUBLICATIONS AT CORNELL UNIVERSITY 45, S. 112

Politökonomische Eliten genannt. beschreibt, wie die Politikbürokraten wussten, ihre Positionen im Staatsapparat:

*„ ... für die Schaffung eigener Unternehmen zu nutzen und sich so von ihrer eigenen ursprünglichen Machtbasis zu emanzipieren. So werden aus den Politikbürokraten Privatunternehmer, die die Gestalt des Staates langsam verändert.“*⁵⁰

Winters beschreibt dies als Kapitalisierung der Politbürokratischen Elite: *„The Suhartos are now both politico-bureaucrats and capitalists.“*⁵¹ Als Folge dieser Kapitalisierung der Politischen Elite, ergab sich für diese eine gesteigerte Präferenz, ihre Privilegien und Besitztümer auch in Zukunft zu sichern, d.h. also vor allem eine gesteigertes Verlangen nach Eigentumsrechten. Dazu Winters: *„Rule of law, especially regarding property rights, became relatively more important for domestic capital as their investments grew.“*⁵² In diesem Zusammenhang erläutert Winters nochmals Winters:

*„Another mitigating factor is the very interest of the capitalist class, in Indonesia as elsewhere, to sanctify property and, to an increasing degree, to regularise the process of accumulation within a legal and predictable framework. Despite the fact that arbitrary political action has been a central feature in the establishment of business groups, this is likely to become less acceptable as the capitalist class entrenches itself.“*⁵³

Demzufolge wird also der personalistische oft auf Willkür beruhende Staat, der die neue kapitalistische Klasse erst ermöglichte, dieser dann eben selbst zur Gefahr. Darüber Lucas:

*„The interventionist state, whose support and leadership seemed so critical to a weak capitalist class, seemed more likely a liability to a stronger capitalist class.“*⁵⁴

Das exklusive neo-patrimoniale personelle System sollte aber keinesfalls völlig legalisiert, sondern nur soweit demontiert werden, wie es der neuen kapitalistischen Klasse zur Gefahr werden konnte, bzw. wie es zur weiteren Kapitalakkumulation nötig war.⁵⁵

Die Abgeschlossenheit der Ökonomischen Elite, bestehend aus einer ethnisch separierten sino-indonesischen Wirtschaftselite und einer mit dieser personell verbundenen neuen kapitalistischen Politischen Elite, wurde bis 1983 durch den zentralisierten indonesischen Rentierstaatscharakter verstärkt, wonach die indonesischen Staatseinnahmen hauptsächlich aus Renten der Erdöl- und Erdgasexporte finanziert wurden.⁵⁶ Hartono geht davon aus, dass zwischen 1968 und 1984 75% aller Investitionen in den

⁵⁰ UFEN 2002: 26.

⁵¹ WINTERS 1988: 113.

⁵² WINTERS 1988: 113

⁵³ WINTERS 1988: 115

⁵⁴ LUCAS, JOHN (1997): *The Politics of Business Associations in the Developing World*. In: THE JOURNAL OF DEVELOPING AREAS 32 (1), S. 76.

⁵⁵ WINTERS 1988: 115

⁵⁶ HEIDUK 2010: 54-55

Erdölsektor geflossen sind.⁵⁷ Als Ergebnis davon kamen 1980 62% der gesamten Staatseinnahmen aus dem Erdölsektor. Ghosh beschreibt die Wirtschaft bis zu den 80er Jahren wie folgt:

*„The country enjoys an abundance of natural resources, and the Indonesian state came to rely heavily on „rent“ paid by foreign multinational corporations for access to those resources.“*⁵⁸

Der Staat kontrollierte die Ressourcenextraktion der überwiegend ausländischen Firmen von Öl und Gas, aber auch von Kupfer, Gold und Holz über die Vergabe von Lizenzen und Verträgen.⁵⁹ Die ständig steigenden Ölpreise ermöglichten der Dominanten Koalition riesige Summen in staatliche Großprojekte zu investieren, wodurch zentralisiertere staatskapitalistische Strukturen entstanden.⁶⁰ Die Großprojekte führten dabei vor allem zur Bereicherung Politischer und Ökonomischer Eliten. Heiduck dazu:

*„...eine kleine Gruppe staatlicher Eliten wurden so exklusive Zugänge zu den lukrativsten Sektoren der Wirtschaft garantiert, und quasi-monopolistische Strukturen entstanden, die von den politischen Machthabern kontrolliert wurden.“*⁶¹

Der Zugang zu ökonomischen Aktivitäten war dabei nach nicht ohne Beziehungen zur Politik möglich (bis 1983 vor allem zum Militär).⁶² Über die persönlichen Beziehungen wurden von politischer Seite staatliche Monopole, Staatsaufträge und Staatslizenzen, Subventionen, staatliche Kredite, Steuervergünstigungen und weitere rechtliche Privilegien gegen auf der ökonomischen Seite Partnerschaften in Joint-Ventures, Bestechungsgelder, Remunerationen und politische Unterstützung getauscht.⁶³ Geschützt wurden die Konglomerate durch ein in den 1970er Jahren sehr protektionistisches Handelsregime mit den im regionalen Vergleich höchsten Zollschränken aller ASEAN Staaten.⁶⁴

3.1.3. Die Politökonomischen Machtverhältnisse

Nach Chua war es von Anfang an ein Hauptanliegen der Wirtschaftspolitik der Neuen Ordnung, das Entstehen einer unabhängigen indigenen Bourgeoisie zu verhindern, da ein starkes nationales Unternehmertum einen hohen Anspruch auf politische Mitsprache entwickeln könnte, und somit Gefahr laufen würde, die Exklusivität des Politischen Systems zu untergraben.⁶⁵ Eine separierbare ethnische Klasse stellte für die Politischen Eliten somit eine geringere Gefahr dar. Bezüglich der Machtbalance zwischen den Politischen und Ökonomischen Eliten blieben die Politbürokratischen Eliten bis in die 1980er Jahre stets der

⁵⁷ HARTONO 2011: 261.

⁵⁸ GHOSH, JAYATI (1996). Coercive Corporatism: The State in Indonesia Capitalism. In: SOCIAL SCIENTIST 24 (11-12), S. 40. U. BRESNAN 2005:

⁵⁹ BRESNAN 2005: 148

⁶⁰ HEIDUK 2010: 55

⁶¹ HEIDUK 2010: 55

⁶² HEIDUK 2010: 55

⁶³ CHUA 2008: 69 u. HEIDUK 2010: 56

⁶⁴ PIRCHER, MARION (2008). Indonesia, Malaysia and the East Asian Crisis: An Analysis of Remedies. UNV. DISS.; UNIVERSITÄT WIEN. http://othes.univie.ac.at/2910/1/2008-08-13_9815456.pdf - 09.06.2013. S. 30

⁶⁵ CHUA 2008: 76-77

beherrschende Teil der Dominanten Koalition. Trotz der gemeinsamen Interessen der Kapitalakkumulation sowie der klientelistischen Verbindungen, beschreibt die sino-indonesische Wirtschaftselite als Paria-Kapitalisten, welche in der Neuen Ordnung im höchsten Maße von den Politbürokraten abhängig waren.⁶⁶ Chua geht davon aus, dass die chinesischen Großunternehmer dabei durch eine vermeintliche Assimilationspolitik der Politischen Elite unter Kontrolle gehalten werden konnten. Dabei wurden die ethnischen Chinesen der Öffentlichkeit gegenüber ständig als integrationswiderwillige, die nationale Einheit und ethnische Homogenität gefährdende Gruppe präsentiert.⁶⁷ Die widerwillige chinesische Kultur sollte durch eine vermeintliche gesetzliche Assimilationspolitik integriert werden.⁶⁸ Ethnische Chinesen wurden so z.B. verpflichtet, indonesisch klingende Namen anzunehmen, der Konfuzianismus wurde ab 1979 nicht mehr als offizielle Staatsreligion anerkannt und die chinesische Sprache und deren Zeichen wurden aus den Medien verbannt⁶⁹. Weiter waren Gespräche auf chinesisch auf der Straße verpöht und chinesische Organisationen und Vereinigungen, sowie chinesische Schulen wurden verboten.⁷⁰ Mehrere Beispiele zeigen nach aber, dass die Assimilationspolitik nicht wirklich zu einer Integration der ethnischen Chinesen führen sollte und das „Chinesische Problem“ nicht wirklich gelöst werden, sondern vielmehr aufrechterhalten werden sollte. So gab es spezielle Vermerke der chinesischen Herkunft auf Identifizierungs- und Geburtsurkunden, was oft zu einer gesonderten gesellschaftlichen und staatlichen Behandlung⁷¹ der ethnischen Chinesen führte. Diesen war darüberhinaus der Zutritt zu staatlichen Universitäten, sowie die Arbeit im öffentlichen Dienst, im Parlament sowie im Militär untersagt.⁷² Die Politbürokratische Elite, die innerhalb der Dominanten Koalition mit der sino-indonesischen Wirtschaftselite durch die gemeinsame Kapitalakkumulation verbunden war, präsentierte sich in der Öffentlichkeit dabei stets als Verteidiger der Rechte der indigenen indonesischen Bevölkerung, welche vor einer übermächtigen⁷³ ausbeuterischen chinesischen Klasse geschützt werden mussten. Nach konnten die Politikbürokraten so gegenüber der Zivilgesellschaft ein auf größtenteils bloßer Rhetorik basierendes „Robin-Hood-image“ aufbauen.⁷⁴ Durch die regelmäßige mediale Aufrechterhaltung des Images des ausbeuterischen Chinesen, würden bei echten Verhandlungsfehlern innerhalb der Dominanten Koalition mögliche Expropriationen gesellschaftlich

⁶⁶ CHUA 2008: 33

⁶⁷ CHUA 2008: 55

⁶⁸ CHUA 2008: 55

⁶⁹ Zur Prävention subversiver Tätigkeiten sowie für die propagandistische Versorgung der ethnischen Chinesen war weiterhin eine staatlich kontrollierte chinesische Zeitung zugelassen.

⁷⁰ CHUA 2008: 56

⁷¹ So waren höhere Steuern, sowie in der Bürokratie oft „zusätzliche“ Bestechungsgelder zu leisten

⁷² CHUA 2008: 59

⁷³ So wurde in den Medien wurde in regelmäßigen Abständen die große Ungleichheit gegenüber der chinesischen Klasse, sowie deren Dominanz in der Wirtschaft thematisiert, wonach die chinesische Minderheit mehr als 70% der indonesischen Ökonomie beherrschte.

⁷⁴ CHUA 2008: 60/63

legitimiert, oder könnten sogar über anti-chinesische Unruhen inszeniert werden. Chua spricht dabei von einem „ethnic blame game“.⁷⁵

3.2.1983 bis 1997

In der zweiten Phase der Arbeit sollen nun aufbauend auf den Eigenschaften des indonesischen Staates und nach einem Überblick über die ab 1983 stattfindende ökonomische Liberalisierung, die Veränderung des Politischen und Ökonomischen Systems, sowie der Machtverhältnisse aufgezeigt werden. Bei der Beschreibung des Politischen und Ökonomischen Systems soll sich der Blick ausgehend von der Spitze der Dominanten Koalition stetig weiter nach unten zur Zivilgesellschaft senken. Die zweite endet mit einem Zwischenfazit.

3.2.1. Ökonomische Liberalisierung

Die erste Ölkrise und der damit verbundene Einbruch der Ölpreise im Jahr 1983 veränderte das Ökonomische und Politische System Indonesiens grundlegend.⁷⁶ Die Öleinnahmen, die 1983 ca. 70% der gesamten Exporteinnahmen darstellten, brachen im selben Jahr um 24% ein.⁷⁷ Ohne die nötigen Einnahmen aus den Erdölexporten drohten ab 1983 die Schulden stark anzusteigen, so dass sich die Dominante Koalition gezwungen sah, die Wirtschaft zu liberalisieren und diversifizieren. Booth dazu:

„After 1983, the government embarked on a successful programme of 'deregulation' designed particularly to improve incentives for non-oil exporters, and remove the bureaucratic obstacles confronting them.“⁷⁸

Nach Stern fanden in den Jahren 1981 bis 1985 nicht weniger als 20 ökonomische Reformen statt. Um die in Zukunft benötigten Ressourcen zu extrahieren, wurde ab 1983 auch das Steuersystem grundlegend reformiert und ein vorher kompliziertes, die Exporte behinderndes und die oberen Klassen begünstigendes System, weitreichend vereinfacht.⁷⁹ Ufen ist der Meinung, dass „ ... Indonesien zunehmend von seinen Steuerzahlern abhängig wurde und den Rentierstaatscharakter langsam verlor.“⁸⁰

Der Anteil der inländischen nicht auf Öl basierenden Einnahmen, stieg durch die Steuerreformen und die Liberalisierung der Wirtschaft, von 7% des BSP im Jahr 1983 auf 11% im Jahr 1989 an.⁸¹ Die

⁷⁵ CHUA 2008: 62

⁷⁶ BOOTH, ANNE (1998): The Indonesian Economy in the 19th and 20th Centuries. A History of Missed Opportunities. New York: St. Martin's Press (Modern economic history of Southeast Asia). S. 194

⁷⁷ BENNETT, MICHAEL S. (1995): Banking Deregulation in Indonesia. In: JOURNAL OF INTERNATIONAL BUSINESS LAW 16 (3), S.458

⁷⁸ BOOTH 1998: 194-201

⁷⁹ STERN, JOSEPH J. (2003): The Rise and Fall of the Indonesian Economy. In: HARVARD UNIVERSITY FACULTY RESEARCH WORKING PAPERS SERIES, RWP03-031. S. 12

⁸⁰ UFEN 2002: 122

⁸¹ BOOTH 1998: 198

Liberalisierung des Ökonomischen Systems äußerte sich vor allem durch Banken-, Kapitalmarkt- und Handelsliberalisierungen statt, deren markantesten Eigenschaften im Folgenden kurz dargestellt werden.

Bankenliberalisierung: Als ein Resultat des stark staatlich gelenkten Kapitalismus der 1970er Jahre wurden 1983 ca. 85–90% aller indonesischen Kredite von staatlichen Banken vergeben.⁸² Die sieben Staatsbanken verwalteten darüberhinaus ca. 75% aller Bankeinlagen.⁸³ Ab 1983 und vor allem ab 1988 kam es dann zu drastischen Deregulierungen im Bankensektor.⁸⁴ Bei gleichzeitiger Lockerung der Privilegien für Staatsbanken wurden dabei Lizenzvorschriften für private Banken gelockert, Registrierungsprozeduren vereinfacht, die nötige Startkapitalbasis zur Gründung neuer Banken auf nur 5 Mio US\$ verringert, sowie die erforderlichen Mindestreserven von 15% auf 2% verringert. Zusätzlich wurde es ausländischen Banken erlaubt, in Form von Joint-Ventures neue private Banken zu eröffnen.⁸⁵ Als Resultat stieg die Anzahl privater Banken von 63 im Jahre 1988 auf 165 im Jahre 1995 an. Die Anzahl von Joint-Ventures im Bankensektor stieg im gleichen Zeitraum ebenso von 1 auf 41 an. Der Staat verlor dadurch sein Quasi-Monopol über die Kreditvergabe und somit auch seine intermediäre Rolle zwischen der indonesischen und der internationalen Finanzwelt. Die privaten Banken konnten nun ohne Umwege über den Staat direkt billigeres internationale Kapital beziehen und dieses selbst in Form von Krediten weiterreichen.⁸⁶

Wo es große Deregulierungserfolge gab, blieben allerdings Reformen bezüglich neuer Regulierungen der privaten Banken sehr begrenzt. Aus der vergleichsweise geringen Startkapitalbasis sowie aus den niedrigen erforderlichen Rückstellungen gingen oft stark unterkapitalisierte Privatbanken hervor, die zudem nach außen oft ohne Transparenz und nach innen ohne profundes Risikomanagement blieben.⁸⁷

Kapitalmarkliberalisierung⁸⁸: Bis 1988 war die indonesische Börse wenig lukrativ für Investoren geblieben, da Zinsen auf Bankeinlagen bis 1988 nicht versteuert werden mussten, Dividenden am Kapitalmarkt dagegen mit 15% zu versteuern waren. Dazu wurden mögliche Kursschwankungen auf täglich maximal 4% begrenzt. Die Zinsraten und die zu erwartenden Gewinne waren bei Bankeinlagen bis 1988 somit stets höher, als die zu erwartenden Dividenden am Kapitalmarkt. Ausländischen Investoren war es bis 1988 gänzlich verboten, indonesische Aktienpapiere zu erwerben.⁸⁹ Ab 1983 und vor allem ab 1988 kam es zu weitreichenden Reformen im Kapitalmarkt. Ausländische Investoren durften von nun an Aktienanteile im Wert von bis zu 49% der an der indonesischen Börse gehandelten Unternehmen halten⁹⁰. Erforderliche Börsenzulassungen wurden reduziert, die Bedingungen wie für Aktiengesellschaften wurden verbessert und eine Vielzahl neuer

⁸² STERN 2003: 23

⁸³ BENNETT 1995: 457

⁸⁴ STERN 2003: 23

⁸⁵ STERN 2003: 23 u. BENNETT 1995: 460 u. 468

⁸⁶ STERN 2003: 23

⁸⁷ BENNETT 1995: 468

⁸⁸ In Abgrenzung zum Geldmarkt, meint Kapitalmarkt hier den organisierten Aktienhandel der Börse.

⁸⁹ ROSSER 2002: 85

⁹⁰ Weiter davon ausgenommen blieben allerdings Geschäftsbanken

Maklerlizenzen für den Erwerb von Aktienanteilen wurden ausgegeben.⁹¹ Die maximale Kursschwankungsrate von 4% wurde aufgehoben und Zinsgewinne aus Bankeinlagen wurden mit denen aus Dividenden gleichgestellt und jetzt ebenfalls mit 15% versteuert. Durch die Deregulierungsreformen konnte viele neue Kapitalgesellschaften entstehen, so dass von 1988 bis 1997 die Zahl der börsennotierten Unternehmen von 24 auf 255 angestiegen ist.⁹²

Auch hier fehlte es den immer mehr werdenden börsengehandelten Unternehmen aber an Regulierungen.⁹³ Die neuen Kapitalgesellschaften wollten Transparenz, Überwachung und weitreichende Rechte für Minderheitsaktionäre nach Möglichkeit vermeiden, da dadurch mögliche Investitionen verringert und die Unternehmensführung in ihrer Entscheidungsfreiheit einschränkt werden konnte. Dazu würde eine höhere Transparenz zum einen die Möglichkeiten von politischen Kollusionen verringern, und zum anderen die Gefahr einer Entlarvung der großen Eigentumskonzentrationen des Ökonomischen Systems erhöhen.⁹⁴ So blieben Investoren oft ohne Informationen oder wurden mit falschen Meldungen getäuscht und erhielten kaum Rechte, juristisch gegen Fehlinformationen vorzugehen.⁹⁵ Es wurden zwar ab 1990 eine Reihe neuer Regelungen wie neue Buchhaltungs- und Rechnungsprüfungsstandards oder Meldepflichten eingeführt, aber Informations- und Meldepflichten, neue Haftungsregelungen sowie stärkere Rechte für Minderheitsaktionäre eingeführt., aber Rosser kommt zu dem Schluss, dass: *“... by mid 1997, whilst a range of regulatory reform measures had been successfully introduced, the process of reform in this area remained well and truly incomplete.”*⁹⁶

Handelsliberalisierung: Das indonesische Handelsregime war bis Mitte der 1980er gekennzeichnet durch hohe tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse, wie hohe Importzölle, Exportsubstitutionen und geringe Einfuhrquoten, von denen vor allem die Politikbürokratischen aber auch die sino-indonesischen Wirtschaftseliten vor der Weltmarktkonkurrenz geschützt werden sollten. Vor allem im Manufaktursektor lagen die durchschnittlichen gewichteten Zölle bei über 400%. Auch die Zölle auf anderen nicht auf Öl basierenden Sektoren waren mit Maximalwerten bis zu 215% sehr hoch.⁹⁷

Auf Grund des Liberalisierungsdrucks wurde ab 1985 auch das Handelsregime weiter geöffnet, und die Handelshemmnisse gelockert. Besonders die hohen Zölle im Manufaktursektor konnten drastisch gesenkt werden, so dass der durchschnittliche Zoll 1994 nur noch 20% betrug und bis 1997 weiter auf nur 6% reduzierte werden konnte.⁹⁸ Ab 1986 wurde es Exporteuren zudem ermöglicht, Importe ohne komplizierte Lizenzregelungen direkt und zu Weltmarktpreisen zu importieren. Ab 1987 wurden Exportregulierungen

⁹¹ MOHAMED ARIFF; KHALID, AHMED M. (2000): Liberalization, Growth, and the Asian Financial Crisis. Lessons for Developing and Transitional Economies in Asia. Cheltenham, UK, Northampton, MA: Edward Elgar, S. 164

⁹² UFEN 2002: 118 u. ROSSER 2002: 91

⁹³ STERN 2003: 24

⁹⁴ ROSSER 2002: 86 u.90 u. 121

⁹⁵ ROSSER 2002: 99

⁹⁶ ROSSER 2002:98-120

⁹⁷ STERN 2003: 15

⁹⁸ STERN 2003: 16f

vereinfacht sowie quantitative Importschranken gelockert.⁹⁹ Die Exporte wuchsen danach stark an, so dass sich ihr Anteil am BSP von 23% im Jahr 1985 auf 28% im Jahr 1997 vergrößern konnte.¹⁰⁰

Eine Reihe von wichtigen „strategischen“ Sektoren blieben allerdings für persönlich Nahestehende von der Öffnung des Handelsregime ausgenommen. In vielen Bereichen konnten so weiter Monopole bestehen, Staatsaufträge, Subventionen und Staatslizenzen exklusiv vergeben werden.¹⁰¹

3.2.2. Das Politische System

Bis 1985 war das Politische System weitestgehend unter der Kontrolle der Militärs, die das politische Patronagesystem über einer kollektivistischen oligarchischen Struktur verwalteten. Ab den 1980er Jahren setzte, ermöglicht durch Zivilisierungen und Institutionalisierungen, eine zunehmende Sultanisierung des Politischen Systems ein.¹⁰² Durch die Liberalisierung des Ökonomischen Systems begünstigt – und teilweise auch erzwungen – baute die Neue Ordnung ihr neopatrimonielles Patronagenetzwerk vermehrt auch auf komplexeren Institutionen und Organisationen auf, so dass *„...in Indonesien riesige Konglomerate, bürokratische Apparate, Parteien und Parlamente entsanden.“*¹⁰³ Durch die zunehmende Institutionalisierung konnte Suharto nach zwar seine Macht über ein immer komplexeres System aus Institutionen und Organisationen balancieren und zunehmend auf seine eigenen Person sultanisieren.¹⁰⁴ Die komplexeren Institutionen und Organisationen eröffnen allerdings auch größere Möglichkeiten für oppositionelle Gruppe, diese für ihre eigenen Zwecke nutzbar zu machen. Ufen weist auf den Doppelcharakter von formaler Institutionalisierung bei parallel bestehendem Neopatrimonialismus hin:

*„Durch hochkomplexe Verschachtelungen werden die Über-Unterordnungsbeziehungen einerseits unterlaufen, andererseits können solche Beteiligungsformen die Herrschaft der Regimekoalition erheblich ausweiten.“*¹⁰⁵

Die zunehmende Institutionalisierung ereignete sich zeitgleich zu einer Zivilisierung des Politischen Systems. Vor allem die politische Partei Golkar konnte von Suharto erfolgreich als Gegengewicht zur oligarchischen Militärjunta installiert werden. Slater geht davon aus, dass das Militär die Golkar-Partei bis 1978 zwar noch voll kontrollieren konnte, dass Suharto danach allerdings die Partei mehr und mehr unter seine eigene personelle Herrschaft bringen konnte, so dass die nun zunehmend zivilisierte und zentralisierte Golkar-Partei gegenüber dem Militär immer weiter an Macht gewinnen konnte.¹⁰⁶ Suharto entwickelte sich so mehr und

⁹⁹ BOOTH 1998: 197.

¹⁰⁰ STERN 2003: 20.

¹⁰¹ STERN 2003: 16.

¹⁰² SLATER 2010:155.

¹⁰³ UFEN 2002: 23.

¹⁰⁴ UFEN 2002: 23.

¹⁰⁵ SLATER 2010: 163/164.

¹⁰⁶ SLATER 2010: 151/155.

mehr zum alleinigen Führer der Golkar Partei, so Slater.¹⁰⁷ Gleichzeitig vergrößerte die Golkar Partei ihre territoriale Struktur, und verdrängte dadurch den ziviladministrativen Teil der militärischen Doppelstruktur zunehmend.¹⁰⁸ Außerdem konnte Suharto eine zunehmend aufkommende islamische Identität zur Spaltung des Militärs nutzen. Beschreibt das Vorgehen Suhartos:

*„He initiated an extensive purge of the military that both divided the organization more sharply into „red and white“ (secular-nationalist) and „green“ (Islamic) fractions ...“.*¹⁰⁹

kommt zu dem Schluss, dass das Militär bis 1995 weitestgehend entmachtet wurde.

Die Zivilisierung und Institutionalisierung des Politischen Systems konnte Suharto geschickt für eine Sultanisierung der Macht auf seine eigenen Person verwenden.¹¹⁰ Für Ufen war diese Machtzentralisation an der Spitze „... eine Art Modellfall des Neopatrimonialismus.“¹¹¹ Croissant/Merkel beschreibt, wie es durch die zunehmende Sultanisierung zu einer „Verdichtung klientelitischer Elitenarrangements“ kam. Nach das Politische System von einer eher kollektivistischen „bürokratisch-militärischen Entwicklungsdiktatur“ hin zu einer zentralisierteren Herrschaft mit „sultanistischen Merkmalen“ entwickelt.¹¹² Webber spricht von einer extremen Konzentration der Autorität in den Händen einer einzigen Person, und der damit korrespondierenden Abwesenheit von personenunabhängigen Institutionen.¹¹³

Doch nicht nur an der elitären Spitze gab es bis 1997 Veränderungen. Die durch die Liberalisierung offener gewordenen Informationskanäle lieferten der Zivilgesellschaft nun immer mehr Details über die extreme Machtkonzentration der Dominanten Koalition. Laut Ufen:

*„...brachte die Wiederbelebung der Börse in Jakarta als Nebenfolge eine größere Offenheit in der Berichterstattung, da die Anleger nun genauere Informationen über die börsennotierten Unternehmen benötigten. [...] Vor allem die Verfilzung in der indonesischen Wirtschaft wurde in den 90er Jahren von der einheimischen Presse zunehmend kritisiert.“*¹¹⁴

Die neuen privaten Geschäftsmöglichkeiten konnten von den Politbürokratischen Eliten zur Anhäufung riesiger privater Vermögen genutzt werden. Dabei kam es in den 1990er Jahren immer wieder zu öffentlichen Skandalen über die korrupte Anhäufung, und durch Korruption möglich gewordener, riesiger privater Vermögen, in die auch Regierungsvertreter verwickelt waren. Über den größten indonesischen Bankenskandal Anfang der 1990er Jahre hatte die Presse nach erstaunlich viele Informationen und konnte

¹⁰⁷ SLATER 2010: 154.

¹⁰⁸ SLATER 2010:155 u. 157.

¹⁰⁹ HAGGARD, STEPHAN (2000): The Political Economy of the Asian Financial Crisis. Washington, DC: INSTITUTE FOR INTERNATIONAL ECONOMICS, S. 155 u. SLATER 2010: 158.

¹¹⁰ SLATER 2010: 160.

¹¹¹ UFEN 2002: 569.

¹¹² CROISSANT, AUREL; MERKEL, WOLFGANG (2009): Die Dritte Demokratisierungswelle: Ost- und Südostasien, in: Merkel, Wolfgang: Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 264.

¹¹³ WEBBER, DOUGLAS (2005): A Consolidated Patrimonial Democracy? Democratization in Post-Suharto Indonesia. Fontainebleau: INSEAD (FACULTY & RESEARCH / INSEAD EPS/EACRC, 2005,45), S. 11.

¹¹⁴ UFEN 2002: 165.

zudem außergewöhnlich frei berichten.¹¹⁵ check Die Verbindung von vermehrten Skandalen mit offenerer Presse ab den 1990er Jahre trug entscheidend zur Delegitimierung der Neuen Ordnung bei. Webber zitiert einen Politiker mit den folgenden Worten: „*The privileges that Suharto bestowed on his family aroused growing popular anger: Suharto's children seem to have no idea they are inviting a revolution.*“¹¹⁶ Ufen beschreibt die Ereignisse wie folgt:

*„Durch die wirtschaftlichen Reformen verschärfte sich in einigen Bereichen die soziale Ungleichheit. Vor allem veränderte sich die Wahrnehmung dieser Ungleichheit. Die großen sinoindonesischen Unternehmen, die Unternehmen der Suharto-Familie und das gesamte System der Korruption und der Vetternwirtschaft wurden zu einem Dauerthema in den Medien.“*¹¹⁷

Ebenso ist Pircher der Meinung, dass der GINI-Koeffizient zwar über die Zeit relativ konstant geblieben ist, dass aber die gesellschaftliche Wahrnehmung über die Ungleichheit bis 1997 zugenommen hat.¹¹⁸

Zur Erhaltung der nationalen Harmonie und Einheit, wurde 1985 ein Gesetz erlassen, das jedwede Organisation verpflichtete, die Pancasila-Ideologie als ihr grundsätzliches und einziges Fundament ihrer Ziel- und Normenausrichtung anzuerkennen.¹¹⁹

Doch die größeren zivilgesellschaftlichen Forderungen nach mehr Gleichheit und Gerechtigkeit geriet ließen das korporatistische System zunehmende unter Druck geraten. So bemerkt MacIntyre schon 1994 die Grenzen der Depolitisierung und des exklusiven, auf funktionalen Gruppen basierenden Korporatismus auf Grund der vermehrt aufkommenden branchenübergreifenden Interessen, welche der Logik des „Trennens und Herrschens“ entgegenlaufen.¹²⁰ MacIntyre dazu:

*“For our purposes, the important point here is that as horizontal cleavages and non-functional cleavages becomes increasingly pronounced or, more modestly, cluster of shared interests which spill across the narrow functional division become more common, existing exclusionary corporatist organisations will be at risk of being politically sidelined or even overrun.”*¹²¹

Ufen bemerkt so z.B., dass durch die Liberalisierung und Diversifizierung der Wirtschaft eine „mächtige Industriearbeiterschaft“¹²² und eine „bedeutende Mittelklasse“ in den Städten entstanden ist.¹²³ Demgegenüber ist Webber allerdings etwas konträr der Meinung, dass „*Neither middle- nor working-class*

¹¹⁵ UFEN 2002: 165.

¹¹⁶ WEBBER 2005: 13.

¹¹⁷ UFEN 2002: 303.

¹¹⁸ PIRCHER 2008: 31.

¹¹⁹ UFEN 220: 83.

¹²⁰ MACINTYRE 1994: 7.

¹²¹ MACINTYRE 1994: 7.

¹²² In diesem Zusammenhang können sich wie MacIntyre bemerkt, auch Interessensüberschneidungen von Industrienationen mit den Arbeiterschaften der Entwicklungsländer ergeben: „...Washington has begun to take a keen interest in labour conditions in countries such as Indonesia whose exports out-compete US products.“ MACINTYRE 1994:10

¹²³ UFEN 2002: 122

*movements as such played a central role in the democratic transition...*¹²⁴ .¹²⁵ Das Entstehen einer mehr oder weniger bedeutenden Mittelklasse begünstigte dennoch, dass ab Mitte der 1990er Jahren zum ersten mal relativ mächtige, unabhängige und eigentlich verbotene Gewerkschaften und politische Parteien entstehen konnten.¹²⁶ Ford bemerkt zudem, dass die Anzahl der Streiks im Zeitraum von 1984 bis 1998 von 57 auf 390 stark angestiegen ist.¹²⁷ Neben einer bedeutenderen Mittelklasse und einer industriellen Arbeiterschaft wird besonders auch der Islam ab Ende der 1980er zunehmend als wichtige, die funktionalen Gruppen übergreifende kollektivistische Identitäten, aktivierbar. Dieser versucht Suharto durch Kooptation und Inkorporation entgegenzuwirken, so dass Anfang der 1990er Jahre z.B. die Gründung der Organisation ICMI (Indonesische Gemeinschaft Muslimischer Intellektueller) finanziert und als ihr Kopf den indonesischen Vizepräsidenten Habibie installiert werden konnte.¹²⁸ Zudem waren Muslime ab den 1990er Jahren vermehrt im Kabinett und im Militär vertreten.¹²⁹ ¹³⁰

Ein 1984 verordnetes Gesetz schränkte die Pressefreiheit durch eine nun limitiertere Vergabe von Veröffentlichungslizenzen für Verleger zunächst weiter ein. Bestehende politische Zeitschriften wurden zudem ab Mitte der 1980er Jahre verstärkt durch Kontroll- und Zensurbehörden eingeschränkt oder gar ganz verboten.¹³¹ Die Maßnahmen konnten einer immer freier werdenden Presse allerdings nur bedingt entgegenwirken.

Wo Indoktrination und inklusive Rethoriken der aufkommenden funktionsübergreifenden politischen Forderungen nicht genügten, verstärkte Suharto repressorionistische Maßnahmen. Vor allem ab 1993 verstärkte dieser Webber zur Folge die Repression.¹³² Die zweifelhafte Entlassung der Parteiführerin Megawatis von der sich langsam zu einer echten Opposition entwickelnden PDI führen 1996 zu großen gewaltgeladenen Demonstrationen mit über 1000 Todesopfern Diese waren die heftigsten Unruhen seit den Malari-Ausschreitungen 1974. Diese zeugen einerseits von den gestiegenen kollektivistischen Forderungen, die von dem Korporatismus nicht mehr gebremst werden konnten, sowie andererseits von der gestiegenen Repression, mit der das Politische System auf die zunehmende Formation der Opposition reagierte.¹³³

¹²⁴ Webber weiter dazu: *"... the Indonesian middle class was by almost all any standards very small, comprising less than 10 per cent of the population. [...] Like the middle class, the industrial working class in Indonesia comprised a very modest proportion of the population in the late 1990s."* WEBBER 2005: 7.

¹²⁵ WEBBER 2005: 7

¹²⁶ UFEN 2002: 566

¹²⁷ FORD, MICHELE (1999). Testing the Limits of Corporatism: Industrial Relations in Suharto's Indonesia. In: JOURNAL OF INDUSTRIAL RELATIONS 41 (3), S. 383

¹²⁸ WEBBER 2005: 9

¹²⁹ Die verbreiterte Inkorporation eröffnete allerdings auch zunehmende Möglichkeiten für Oppositionelle. So waren es dann gerade muslimische Führer wie Rais und Wahid, die zentrale Rollen innerhalb der Opposition zur Demokratisierung des Politischen Systems einnahmen. HAGGARD 2000: 15

¹³⁰ HAGGARD 2005: 15.

¹³¹ SARASWATI, JARY (2002). Entwicklungspfade einer Übergangsgesellschaft am Beispiel der Entwicklung Indonesiens. UNV DISS: UNIVERSITÄT REGENSBURG, S. 137

¹³² WEBBER 2005: 13

¹³³ WEBBER 2005: 13

Die ideologische Indoktrination, inklusive Rethoriken sowie kooptative Maßnahmen nahmen ab der Mitte der 1980er Jahre nach zwar zu, der Korporatismus wurde aber zu Folge, seit Mitte der 80er Jahre de facto aber exklusiverer und geschlossenerer Natur.¹³⁴

3.2.3. Das Ökonomische System

Wo es vorher viele Staatsmonopole, exklusive Lizenzen und Privilegien gab, begann sich das Ökonomische System ab 1983 Jahren zu öffnen. Durch die Liberalisierung der Wirtschaft stellte das Politische System dem Ökonomischen System weitreichendere personenunabhängige Institutionen und eine private Sphäre zur Verfügung. McLeod/MacIntyre beschreibt dies wie folgt:

*„The government was able to provide investors with credible enough guarantees that it would, at least to some extent, limit its predatory behaviour, protect property rights and maintain macroeconomic and political stability.“*¹³⁵

Die neuen institutionellen Rahmenbedingungen eröffneten in Verbindung mit dem neu zur Verfügung stehenden billigeren internationalen Kapital zahlreiche neue Geschäftsmöglichkeiten, welche vor allem von den Politökonomischen Eliten sowie von der sino-indonesischen Wirtschaftselite genutzt werden konnten. Durch die nur partiell stattfindende Liberalisierung, d.h. durch Deregulierungen bei fehlenden Regulierungen, konnten diese die Vorzüge der freieren Märkte, bei anhaltendem staatlichen Schutz und Privilegien genießen.¹³⁶ Chua spricht dabei von einer Kolonisierung eines Systems staatlicher Monopole durch staatsgeschützte private Konglomerate.¹³⁷ So wurden die vielen neuen Banken und Korporationen vor allem von der Ökonomischen Elite eröffnet, welche die das billige internationale Kapital durch innerbetriebliche Kreditvergabe oft an eingetragene konglomerats-interne Unternehmen weiterreichen konnten.¹³⁸ Die Kapitalmarktliberalisierung ermöglichte es der Ökonomischen Elite zudem, ihre Konglomerate über die in vielen Bereichen vorteilhaftere Formen der Aktiengesellschaften zu organisieren (vor allem wurde dadurch der direkte Kapitalbezug von nationalen sowie internationalen Investoren ermöglicht).¹³⁹

Die Verschiebung von staatlichen zu privaten Besitzverhältnissen zeigt sich z.B. im Industriesektor, in dem sich zwischen 1975 und 1993 die staatlichen Anteile von 25% auf 11% verringerten, während der Anteil der privaten nationalen Unternehmen von 51% auf 64% gestiegen ist.¹⁴⁰ Wo 1983 52% der Gesamtinvestitionen von privaten Quellen stammten, waren es 1993 schon 73%.¹⁴¹ Nach Chandra sah Indonesien auf Grund der Liberalisierungen „...a significant reduction of the role of the state and the increased importance and size of

¹³⁴ FORD 1999:376 .

¹³⁵ MCLEOD; MACINTYRE 2007: 73-114.

¹³⁶ CHUA 2008: 79.

¹³⁷ CHUA 2008: 79.

¹³⁸ CHUA 2008: 80 u. BENNETT 1995: 465.

¹³⁹ CHUA 2008: 81

¹⁴⁰ UFEN 2002: 151 .

¹⁴¹ HARTONO 2011: 268.

the private sector“.¹⁴² Auch nach ist “ ... die ökonomische Bedeutung des Staates seit Mitte der 80er Jahre wegen der Deregulierung des Finanzsektors und der Öffnung anderer Bereiche [...] zurückgegangen.“¹⁴³. Es bleibt allerdings zu bemerken, dass gerade in strategisch wichtigen Bereichen nur eine partielle Öffnung der Wirtschaft stattfand, und Staatsunternehmen dort weiter hohe exklusive Privilegien und Monopole genossen.

Da die partielle Liberalisierung des ökonomischen Systems zum größten Teil von der Ökonomische Elite genutzt werden konnte, kam es auch bis 1997 zu relativ geringen nicht-elitären neuen privaten Organisationen. Den klein- und mittelständischen Unternehmen fehlten dabei oft die Kapazitäten, das Know-How und nötige weitreichende Verbindungen, um mit globalen Märkten konkurrieren zu können. 2001¹⁴⁴ waren 99% aller indonesischen Betriebe klein- oder mittelständische Unternehmen¹⁴⁵, die insgesamt nur einen Anteil von 63% am BSP erwirtschafteten, d.h. im Gegenzug, dass 37% des BSP des Jahres 2001 von nur 1% aller Unternehmen erwirtschaftet wurde.¹⁴⁶ Dazu sind klein- und mittelständische Unternehmen für private Banken auf Grund geringer Sicherheiten oft weniger lukrativ, so dass es ihnen oft an nötigem Investitionskapital fehlt. Bis Mitte der 1990er Jahre ist der Anteil der Kredite an klein- und mittelständische Unternehmen auf 7% gefallen, wohingegen 80% aller Kredite an große Konglomerate gingen.¹⁴⁷ Dass die private Sphäre und die neuen Institutionen aber auch zum Teil von den klein- und mittelständischen Unternehmen genutzt werden konnten, zeigt deren Anstieg an den Exporten von 15% 1992 auf 19% 2001.¹⁴⁸

3.2.4. Die Politökonomischen Machtverhältnisse

Die Ökonomische Elite blieb durch das „ethnic blame game“ auch bis 1997 weiterhin unter der Kontrolle der Politischen Elite. Wurde der Druck auf das Politische System von Seiten der Zivilgesellschaft zu groß, so konnte diese die Kritik wieder auf die vermeintlich schuldigen chinesischen Sündenböcke umlenken. In den 1990er Jahren konnten so Arbeiteraufstände, die wegen zu niedriger Löhne ausgebrochen waren, in anti-chinesische Demonstrationen mit oft heftigen Gewaltausbrüchen umfunktionalisiert werden. Ähnliches zeigt der Tapos-Zwischen 1990. Nach redistributiven Forderungen, auf Grund der gestiegenen gesellschaftlicher Wahrnehmung über die enorme Ungleichheit, trafen sich die Unternehmer der 31 größten Konglomerate (29 davon chinesisch) in Tapos. Die Ergebnisse des, in den Medien groß inszenierten Treffens, sah die Umverteilung von 25% der Besitztümer der riesigen Konglomerate zu Gunsten indonesischer

¹⁴² CHANDRA 2011: 3

¹⁴³ UFEN 2002: 26

¹⁴⁴ Die zur Ursachenüberschneidungen mit der Finanzkrise und der politischen Demokratisierung zu vermeiden, wären hier Daten von Jahren vor 1998 nötig.

¹⁴⁵ Die 99% der Klein- und Mittelständischen Unternehmen kamen 2001 zudem für die Bereitstellung von 99% aller indonesischen Arbeitsplätze auf

¹⁴⁶ MCKINLEY, TERRY; OKTAVIANI, RINA; SAPARINI, HENDRI; SHAIKH, ANWAR; JUORO, UMAR (2006): Executive Summary the Macroeconomics of Poverty Reduction in Indonesia. INTERNATIONAL POLICY CENTRE FOR INCLUSIVE GROWTH (IPC-IG), S. 66

¹⁴⁷ CHUA 2008: 80

¹⁴⁸ MCKINLEY, TERRY; OKTAVIANI, RINA; SAPARINI, HENDRI; SHAIKH, ANWAR; JUORO, UMAR (2006): 66.

Unternehmen vor. Dies zeigt einerseits die weiterhin bestehende Macht der Politischen gegenüber der Ökonomischen Elite an. Andererseits zeigt es aber auch, dass das politikbürokratische „Robin Hood Image“ zum größten Teil nur auf Rhetorik beruhte, da, nachdem der Druck auf die Regierung nachgelassen hatte, und die Rufe nach Umverteilung verloschen waren, am Ende nicht weniger als 1% der Besitztümer der Konglomerate effektiv an indonesische Unternehmer umverteilt wurden.¹⁴⁹

Auf Grund der ökonomischen Liberalisierung kam es aber auch zu Machtverschiebungen innerhalb der Dominanten Koalition. Dazu:

*„During Suharto's economic reforms of the 1980s, the big conglomerates were the main winners from deregulation and privatization. Public monopolies simply became private ones, further strengthening the dominance of Chinese-Indonesian business groups and catapulting many of them into the league of Western multinational enterprises.“*¹⁵⁰

Auch Martinez ist der Meinung, dass die sino-indonesischen Ökonomischen Eliten, die Hauptgewinner der Liberalisierung waren: *“Although indigenous Indonesian conglomerates [...] also profited from the liberalization programs, they were not as successful as the Chinese.“*¹⁵¹

Durch die Banken-, Kapitalmarkt- und Handelsliberalisierung und den daraus entstandenen neuen privaten sino-indonesischen Banken und Korporationen, konnten diese somit – vor allem auch wegen ihrer besseren Überseekontakte – direkte Verbindungen zum nationalen vor allem aber zum internationalen Kapital herstellen, und ihre Abhängigkeit von der Politischen Elite erheblich verringern. Auf Grund der hohen Konzentration der Besitztümer und der sozialen Stigmatisierung sahen die chinesische Konglomerate aber weiterhin stets der Gefahr redistributiver Forderungen ins Auge. Chua zitiert einen chinesischen Unternehmer: *„The famaly could take over anytime.“*¹⁵² Angesichts dieser Gefahr, brachte die ökonomische Liberalisierung einige besitzstandswahrende Vorteile, so Chua:

*“Moreover, through their overseas investments and expansion into global markets they became international players and hence did not have to confine themselves to Indonesia. The assets that they silently shifted abroad to safer shores gave them an insurance against crisis, social unrest, and regime change.“*¹⁵³

Dies führt nach Pepinsky zu einer *„... high corss-border mobility of ethnic Chinese cronies's assets, concentrated in liquid investment capital and ready to funnel abroad at the first sign of political turmoil.“*¹⁵⁴

¹⁴⁹ CHUA 2008:61.

¹⁵⁰ BÜNTE, MARCO; UFEN, ANDREAS (2009): Democratization in post-Suharto Indonesia. In: LONDON, NEW YORK: ROUTLEDGE (ROUTLEDGE CONTEMPORARY SOUTHEAST ASIA SERIES); S. 221 u. HARTONO 2011: 79 u. CHUA 2008: 133

¹⁵¹ MARTINEZ 2006: 395-412.

¹⁵² CHUA 2008: 134

¹⁵³ CHUA 2008:81u. 84

¹⁵⁴ PEPINSKY, THOMAS B. (2009): Economic crises and the breakdown of authoritarian regimes. Indonesia and Malaysia in comparative perspective. CAMBRIDGE: CAMBRIDGE UNIVERSITY PRESS, S. 58.

Die Unternehmen der Politobürokratie waren für die Konkurrenz im globalen Markt oft noch zu schwach und zu klein. Teilweise fehlte es ihnen noch immer an unternehmerischem Know-How, vor allem aber blieben gute ausländische Wirtschaftskontakte begrenzt. Die Politökonomische Elite hielt ihr Vermögen nach vor allem in im Inland festen Anlagen in Industriebetrieben, Immobilien oder Infrastrukturprojekten.¹⁵⁵

Das patrimoniale Politische System barg für die immer größer werdende sino-indonesische Wirtschaftselite zudem Risiken, wie Husby beschreibt:

*„If government are subject to little or no constraints (few veto points) their policy promises have little credibility, because policies can easily be reversed and consequently make the economic climate unstable and unpredictable.“*¹⁵⁶

Webber ist nach Weber der Ansicht, dass neopatrimoniale Staaten, die für kapitalistische Entwicklungen unumgängliche politische prozedurale Vorhersagbarkeit, einer auf Regeln beruhenden modernen Bürokratie fehle.¹⁵⁷ Wieso konnte dann aber in Indonesien bis 1997 ein sehr langes hohes Wirtschaftswachstum erreicht werden? Webber erklärt das Paradox des – trotz des neopatrimonialen und sich weiter zentralisierenden Politischen Systems – langen hohen Wirtschaftswachstums Indonesiens bis 1997 wie folgt:

*“There was a price for everything and everyone knew the price and knew what he was getting for what he paid. Conflicts involving foreign investors were effectively arbitrated according to a standard procedure that completely bargained the courts and rested on the acceptance of the authority of Suharto...”*¹⁵⁸

Ist ebenso der Meinung, dass eine starke Zentralregierung die Unsicherheiten für das Ökonomische System eine Zeit lang kompensieren können.¹⁵⁹

Für die chinesischen Großunternehmer barg also ein patrimoniales System, auch wenn es ihnen lange Zeit zuträglich war, immer erhebliche Risiken, die durch ein offeneres Politisches System verringert werden könnten. Die Ökonomische Elite könnte sich demnach weniger abhängig von Politischen Eliten in liberalisierten und als neutral geltenden Märkten mit höherer Planungssicherheit und geringerem Risiko bewegen.

Die Politökonomischen Machtbeziehungen haben sich durch die Liberalisierung des Ökonomischen Systems somit stark zugunsten der sino-indonesischen Wirtschaftselite verschoben. Dazu Chua:

*“In fact, of Indonesia’s top 300 conglomerates just prior to the 1997-98 economic crisis, 217 (72%) were either wholly or mostly owned by Indonesian-Chinese – not a bad result for an ethnic group that comprises just 3,5% of the country’s population.“*¹⁶⁰

¹⁵⁵ PEPINSKY 2009: 52

¹⁵⁶ HUSBY, THALE BERG (2002): The politics of Economic Reform Implementation. An Analysis of the Indonesian and the South Korean Implementation of IMF Reforms During the Asian Economic Crisis, 1997-98. Oslo: SUM (Dissertations & theses, 5/2002), S.

79

¹⁵⁷ WEBBER 2005: 17

¹⁵⁸ WEBBER 2005: 17

¹⁵⁹ GOLLWITZER; QUINTYN 2012: 29

3.2.5. Zwischenfazit I

Das Politische System:

Wie politische Veränderung: Das Politische System wandelt sich von einer kollektivistisch Militäroligarchie zu einem zentralisierten Sultanismus. Von außen entstand ein zunehmender zivilgesellschaftlicher Druck.

Warum politische Veränderung: Eine zunehmende Institutionalisierung und Zivilisierung führe zur Sultanisierung des Politischen Systems. Die vielen neuen Institutionen gaben der Opposition zunehmende Möglichkeiten, Druck aufzubauen.

In NWWs Rahmenwerk: nur wenig personenunabhängige Institutionen, kaum offenen Organisationen, Verschmelzung öffentlicher mit privater Sphäre und kaum politischer Wettbewerb

Das Ökonomische System:

Wie ökonomische Veränderung: Das Ökonomische System öffnete sich de jure, blieb aber für klein- und mittelständische Unternehmen de facto limitiert.

Warum ökonomische Veränderung: Die 1.Ölkrise lässt eine Diversifizierung und Liberalisierung nötig werden. Gesteigerte Eigentumspräferenz der Politischen Elite wirken verstärkend.

In NWWs Rahmenwerk: mehr personenunabhängige Institutionen, offenere Organisationen, eine größere Privatsphäre sowie vermehrter Wettbewerb.

Die Politikökonomische Machtbalance:

Wie Machtbalance: Die Ökonomische Elite werden zunehmend unabhängiger von der Politischen Elite und fordern ökonomische Sicherheit sowie politische Mitsprache.

Warum Machtbalance: die Ökonomische Elite konnte durch bessere ausländische Kontakte und mehr unternehmerischen Know How, die Liberalisierung besser für sich nutzen.

In NWWs Rahmenwerk: Das geschlossene Politische System und das weiter geöffnete Ökonomische System bringen die Doppelbalance aus dem Gleichgewicht.

3.3. 1998 bis 2010

In der dritten Phase sollen nur die Veränderungen des Politischen und Ökonomischen Systems, sowie deren Machtbeziehungen seit der Doppelkrise von 1998 dargestellt werden. Die dritte Phase endet ebenso mit einem Zwischenfazit.

3.3.1. Doppelkrise – Die Asienkrise und die politische Transition

Indonesiens Wirtschaft war durch die ökonomische Liberalisierung bis 1997 immer weiter in die globale Wirtschaft verwoben, und war dadurch besonders im Finanzsektor durch eine hohe Abhängigkeit vom

¹⁶⁰ Dabei sind nach Chua 26 der 30 größten Konglomerate erst während der Neuen Ordnung entstanden. CHUA 2008:5

internationalen Kapitalmarkt gekennzeichnet¹⁶¹. Ab Mitte Juli 1997, angestoßen durch Abwertungen des thailändischen Bath¹⁶², kam es auch in Indonesien von diesem Zeitpunkt an kam es zu immer mehr massiven abzügen des ausländischen Kapitals¹⁶³ aus Indonesien, die nach Robison in keinem Verhältnis zur den realwirtschaftlichen Gegebenheiten standen¹⁶⁴¹⁶⁵. Die Währung wurde ab diesem Zeitpunkt extrem entwertet, und es setzte eine allgemeine Geldentwertung ein, mit anschließender Bankenkrise ein. Durch den folgenden Zusammenbruch der Wirtschaft verlor die Dominante Koalition über die nötigen Remunerationsmittel, um das Patronagenetzwerk und den ohnehin unter Spannung stehenden Korporatismus aufrechtzuerhalten. Zudem litt die sowieso angeschlagene und zunehmend nur auf der wirtschaftlichen Leistung beruhende Legitimation weiter schwere Schäden. Als die eigenen internationalen Reserven aufgebraucht waren, musste im Oktober 1997 der IMF um Hilfszahlungen gebeten werden. Ab diesem Zeitpunkt stellte der IMF nach e8i einen de facto Veto-Spieler im Politischen System Indonesiens dar, der bei ihm zu wiederlaufenden Entscheidungen, mit dem Zahlungsstopps oder Rückzug der Geldmittel drohen konnte.¹⁶⁶ Die Verhandlungen zwischen Suharto und dem IMF zeigten sich sehr stockend und waren von vielen angedrohten und einigen realen Zahlungsstopps gekennzeichnet.¹⁶⁷ So konnten die IMF Verhandlungen das Vertrauen der internationalen Finanzmärkte weiter nicht zurückgewinnen. Die indonesische Rupiah wurde weiter stark abgewertet und sank von ihrem ursprünglichen Wechselkurs von 1:2400 US\$ im Juli 1997 weiter bis auf 1:17000 US\$ im Januar 1998.¹⁶⁸ Die steigenden Lebensmittelpreise auf Grund nun galloppierender Inflation und eine ständig anwachsende Arbeitslosigkeit delegitimierte die Dominante Koalition gegenüber der Zivilgesellschaft weiter, und lies diese dadurch für die Opposition empfänglicher werden.¹⁶⁹ Vor allem aber brachte die extreme Geldentwertung und die kollabierende Wirtschaft – mit immer mehr vor dem Bankrott stehenden Unternehmen – die sino-indonesische Wirtschaftselite sowie die Mittelklasse gegen die Politische Elite um Suharto auf, da deren Reichtümer und

¹⁶¹ Die gesamten privaten kurzfristigen Auslandsschulden stiegen vor allem von 1990 bis zum Ausbruch der Krise von 10 Mrd. US\$ auf 35 Mrd. US\$ nochmals stark an. Das Verhältnis von kurzzeitigen zu gesamten Schulden stieg im gleichen Zeitraum von 52% auf 59%. ROBISON 2000: 8.

¹⁶² Als externe Ursachen für die Asienkrise nennt Tan den Ansteckungseffekt anderer asiatischer, von der Krise betroffener Länder (Thailand, Malaysia, Philippinen und Südkorea) und ein daraus hervorgehendes Übergeneralisieren, die zu einem herdenartigen Verhalten der internationalen Finanzwelt geführt habe. Vor allem aber die Abwertung des thailändischen Wechselkurses verursachte ab Juli 1997 auf Indonesien übergreifende Panik. Tan, Kong Yam (2002): Asian economic recovery. Policy options for growth and stability. Singapore, New Jersey: Singapore University Press; World Scientific Pub. S. 158.

¹⁶³ Die Frage, wie so ein großer gleichzeitiger Abzug möglich wurde, beantwortet Robison wie folgt: „Hundreds of millions of independent investors and savers entrust their money to a much smaller number of institutional investors, who then entrust a portion of their capital to an even smaller number of EMFM [Emerging Market Fund Managers]. The disturbing result is that most of the portfolio capital supplied to developing countries ends up in the hands of just 100 extremely important EMFMs.“ ROBISON 43

¹⁶⁴ Dennoch gab es die ganze Region betreffende Probleme wie ein schwaches Bankensystem, eine verschwenderische Kreditvergabe und notleidende Kredite, die beschriebene exzessive Kreditaufnahme des privaten Sektors und spekulatives Verhalten an der Börse.

¹⁶⁵ ROBISON, RICHARD (2000): *Politics and markets in the wake of the Asian crisis*. [... outcome of the proceedings of an international conference in August 1998, organized by the Asia Research Centre, and Yongsei University]. London [u.a.] (Asian capitalisms). S. 40f u. 59.

¹⁶⁶ ROSSER 2002: 193

¹⁶⁷ ROSSER 2002: 180

¹⁶⁸ Tan, Kong Yam (2002): Asian economic recovery. Policy options for growth and stability. Singapore, New Jersey: Singapore University Press; World Scientific Pub. S. 159 u. 171

¹⁶⁹ CAMPBELL; LINDBERG 1990: 133

der damit verbundene soziale Status immer weiter zu sinken drohten.¹⁷⁰ Das Patronagenetz konnte ohne die nötigen Remunerationen zunehmend schlechter versorgt werden, was Suharto immer empfänglicher für die ständig neu ausgehandelten Bedingungen mit dem IWF werden lies. Diese wiederum zwangen ihn aber zunehmend, auch Reformen gegen politisch sehr nahe stehende Freunde des Patronagenetzwerkes durchzuführen.¹⁷¹ Ab Februar 1998 bricht auch die schon seit 1996 flackernde Gewalt, die sich vor allem gegen die ethnischen Chinesen wendet, aus. Militärs und Polizei sehen dabei oft tatenlos zu.¹⁷² Die 7. Wiederwahl Suhartos zum Präsidenten und die Ernennung eines noch geschlosseneren, mit sehr vielen engen Vertrauten besetzten Kabinetts im März 1998, schloss weitere Eliten aus und lies viele an der zukünftigen Unterstützung Suhartos zweifeln.¹⁷³ Vor allem aber das Vertrauen des IWF konnte dadurch nicht wiedergewonnen werden, und es kam zu weiteren Zahlungsstopps. Im Mai 1998 kommt es zur kurzzeitigen Überwindung des Koordinationsproblems inhomogener Gruppen und dadurch zu gemeinsamen immer stärker werdenden Demonstrationen von Muslimen, Studenten und Arbeitern.¹⁷⁴ Die zu zerbrechen drohende Dominanten Koalition reagierte noch einmal mit Repression und lies am 15. Mai das Feuer auf Studenten der Trisakti Universität eröffnen, was zu sechs Toten und dutzenden Verletzten führte.¹⁷⁵ Dies wiederum lies aus den Demonstrationen in blutige Revolten werden mit über 1000 vor allem chinesischen Todesopfer allein in Jakarta verwandeln. Einige vor allem wohlhabende Chinesen können das Land verlassen, der Großteil blieb aber in Indonesien und war weiterhin der Gewalt ausgesetzt, so Bresnan:

*„Most Chinese Indonesians remained behind, however, because they were shop owners and not wealthy enough to escape abroad. They were left to face the wrath of the mobs roving the streets. Their shops and homes were burned, their inventories were looted, their churches were destroyed, many women were raped, and many families were ostracized by their non-Chinese neighbors.“*¹⁷⁶

Dies führte nach Pepinsky zum Abfall der sino-indonesischen Wirtschaftselite von der Dominanten Koalition, die nach dem Rücktritt Suhartos am 21. Mai 1998 somit zerbrochen war.¹⁷⁷ Der Versuch des Aufbaus einer neuen populistischeren nationalen Dominanten Koalition unter dem Interimspräsidenten Habibie, der für seine anti-chinesischen Ressentiments bekannt war, wurde durch gewaltvolle Sezessionsbestrebungen sowie Zahlungsaussetzungen des IWF zu nichte gemacht.¹⁷⁸ Auch die Weltbank übte dabei Druck auf Habibie aus, so Chua, der den Weltbank Vizepräsidenten zitiert: *„...the Chinese are the issue in Indonesia [...]. How they fix [the Chinese problem] is up to the Indonesians, but the economic impact if they do not fix it will be huge“*¹⁷⁹.

¹⁷⁰ ROSSER 2002: 172

¹⁷¹ FREEDMAN 2006: 68f.

¹⁷² FREEDMAN 2006: 87.

¹⁷³ PEPINSKY 2009: 160.

¹⁷⁴ FREEDMAN 2006: 16.

¹⁷⁵ FREEDMAN 2006: 87.

¹⁷⁶ BRESNAN 2005: 155

¹⁷⁷ PEPINSKY 2009: 186.

¹⁷⁸ PEPINSKY 2009: 188.

¹⁷⁹ CHUA 2008: 161

Zum Aufbau einer erneuten Koalition sah sich Habibie einerseits gezwungen, weitere Teile der Opposition zu inkorporieren, zur Wiedererlangung der Legitimation, wahren andererseits, dem Modell von Robinson und Acemoglu folgend, Zugeständnisse an die Zivilgesellschaft, und somit eine Öffnung des Politischen Systems unumgänglich.¹⁸⁰ Dazu Haggard:

*„In either case, the reforms were sweeping, including most fundamentally freedom of association and expression. The government released a number of political detainees and prisoners, guaranteed press freedom, and ended restrictions on the formation of political parties, unions, and other associations.“*¹⁸¹

Im Oktober 1999 konnten die ersten freien Wahlen abgehalten werden, und aus den 48 beteiligten Parteien, ging Wahid, als Führer der muslimischen PKB (National Awakening Party), als Sieger hervorgehen¹⁸². Trotz der sich ab Anfang 1999 wieder stabilisierenden Wechselkurse und Kapitalmärkte blieb die sich formierende neue Dominante Koalition, vor allem auch auf Grund des nun offenen Politischen Systems, auf schnelles Kapital angewiesen. Da die internationale Finanzwelt im Folgenden angesichts der politischen Ungewissheit nur sehr zögerlich in Indonesien investierte, versuchte Wahid wieder Kontakte zur sino-indonesischen Wirtschaftselite aufzubauen. Chua zitiert Wahid mit einer Aussage vom Juli 1998: *„we should not dream that we will be able to improve our economic system without them“*.¹⁸³ Dies bedeutete nach Lucas einen signifikanten Wechsel der sich formierenden Dominanten Koalition, zurück zu der sino-indonesischen Wirtschaftselite.¹⁸⁴ Chua zitiert nochmals Wahid:

„...the Chinese act in tandem with the interests of the nation, not in their own interests. [...] Yes, there has been a purposeful construction of ordinary Chinese [under Suharto]. But now, there is no site anymore to do that“.¹⁸⁵

So kam es unter Wahid zwar zu einer Umstrukturierung, aber in großen Teilen auch zu einem Wiederaufbau der alten Dominanten Koalition. Hadiz/Robinson sprechen von einem neuen Rahmenwerk mit alten Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft¹⁸⁶. Dabei kam es in Indonesien trotz des Regimewechsels und der Transition nicht zu einem Bruch der darunterliegenden Strukturen der alten Neuen Ordnung.¹⁸⁷

3.3.2. Das Politische System

Die Politische Öffnung brachte fundamentale Änderungen des Institutionenarrangements der Politischen Elite mit sich. Besonders die legislative Macht konnte gegenüber der Exekutive erheblich gestärkt werden,

¹⁸⁰ PEPINSKY 2009: 189f.

¹⁸¹ HAGGARD 2000: 119

¹⁸² HAGGARD 2000: 122

¹⁸³ CHUA 2008: 121

¹⁸⁴ LUCAS 1997: 161

¹⁸⁵ LUCAS 1997: 161

¹⁸⁶ HADIZ; ROBINSON 2003: 8

¹⁸⁷ CHUA 2008: 196

was sich schon 2001 zeigte, als Präsident Wahid durch ein Amtsenthebungsverfahren entlassen wurde.¹⁸⁸ Ein neues Verfassungsgericht soll zudem Organstreitigkeiten lösen sowie vor allem Reformstaus verhindern.¹⁸⁹ Weitere institutionelle auch verfassungsrechtliche Veränderungen führen so nach der Transition zur Demokratie zu einem Politischen System, mit erheblichen gesteigerten gegenseitigen Verschränkungen von Exekutive, Legislative und Judikative, und dadurch auch zu mehr auf Rechtsstaatlichkeit beruhenden personenunabhängige Institutionen. Durch die personenunabhängige Institutionen zeigen sich auch die politischen Organisationen offener und unabhängiger von individuellen Persönlichkeiten. So steht die 30 jährige Präsidentschaft Suhartos im Gegensatz zu vier Präsidentschaftswechseln von 1998 bis 2010. Seit der Doppelkrise kam es, auch um die durch secessionistische Bewegungen in Gefahr geratene nationale Einheit zu erhalten, zu weitreichenden Dezentralisierungsmaßnahmen des Politischen Systems.¹⁹⁰

Die weitere Stärkung der Judikative, durch die 2003 errichtete KPK (Corruption Eradiction Commission), welche gesetzlich garantierte Kontroll- und Überwachungskompetenzen erhielt, konnte nach Faisal zu einigen Korruptionsaufklärungen beitragen:

„Throughout the period 2004-2010, KPK has investigated, prosecuted and achieved a 100-percent conviction rate in various cases of bribery and graft related to government procurements and budgets, and has put many high-profile convicts into prison on corruption charges.“¹⁹¹

Trotz der Verbesserungen des institutionellen Einbettung des Politischen Systems, blieben grundlegende Mängel. Webber verweist auf das schwere Erbe der Suharto-Zeit:

“For the quality of post-Suharto democracy, the most critical of these legacies is a deeply-entrenched tradition of patrimonial politics, which is buttressed by the survival of powerful (political, bureaucratic, military and business) interests rooted in the country’s New Order past and manifests itself primarily in the form of massive corruption.“¹⁹²

Zudem ist Croissant/Merkel der Meinung, dass die erste Institutionalisierungsphase von der alten Elite kontrolliert wurde, und das dadurch als Ergebnis zunächst grundlegende Elemente der alten Neuen Ordnung erhalten blieben.¹⁹³ Weiss bemerkt, dass “...few top New Order governments or military officials have been brought to trial, let alone convicted...”¹⁹⁴

Smith/Obidzinski/Subarudi beschreiben weiter, wie es seit der Demokratisierung und durch die Dezentralisierung des Politischen System zu vielen neuen Akteuren auf regionaler Ebene, und dadurch zu

¹⁸⁸ BRESNAN 2005: 166

¹⁸⁹ WEBBER 2005: 19.

¹⁹⁰ BRESNAN 2005: 176.

¹⁹¹ FAISAL, MOHAMMAD (2013): Democratisation, Business Activism, and the New Dynamics of Corruption and Clientism in Indonesi. In: WORLD ACADEMY OF SCIENCE; ENGINEERING AND TECHNOLOGY 75, S. 350.

¹⁹² WEBBER 2005: 21.

¹⁹³ CROISSANT; MERKEL 2009: 274.

¹⁹⁴ WEISS MEDEDITH L. (2007). What a Little Democracy Can Do: Comparing Trajectories of Reform in Malaysia and Indonesia. In: DEMOCRATIZATION 14 (1), S. 35.

einer dezentralisierten, jetzt anarchischen, da weniger unter der Kontrolle des Staates stehenden, Korruption kommt.¹⁹⁵ Hadiz spricht von „decentralised networks of KKN“ (das indonesische Akronym für Korruption, Kollusion und Nepotismus)¹⁹⁶ Chua zitiert einen seiner Interviewpartner, der über die neue dezentrale Korruption spricht: „*you cannot do KKN anymore because everybody can*“¹⁹⁷ Chua spricht außerdem von einer jetzt ad hoc artig stattfindenden und damit auch unsichereren Korruption¹⁹⁸ Webber zitiert Parlamentsmitglieder mit den Worten „*practically everybody does it*“.¹⁹⁹ Beeindrucken dazu auch nochmals Webber:

*„According to various sources and estimates, payments are made to influence as many as 95 per cent of Indonesian courts, as many as 85 per cent of all judges may be corrupt, almost 80 per cent of even Supreme Court judges take bribes, and the Attorney-General's Office depends for 40 per cent of its income on "unofficial payments". More than 60 per cent of respondents in one survey said that the police were apt to demand a bribe to "take action over anything".*²⁰⁰

Durch die neuen veränderten Spielregeln der Politischen Elite ergab sich auch für die Zivilgesellschaft ein Wandel der Institutionen. So kam es zu Verbesserungen der Versammlungs-, Presse- und Meinungsfreiheit, woraufhin viele neue politischen und zivilbürgerlichen Organisationen entstehen konnten. Insbesondere auch das Gründen von Parteien wurde erheblich vereinfacht, so dass - wie gesehen - der politische Wettbewerb erheblich gesteigert werden konnte. Das Korporatistische System sowie das Wahlregime wurden zur Zivilgesellschaft responsiver, was sich durch Wahlverluste von mit Korruptionsskandalen belasteten, sowie ebenso durch Wahlgewinne, von sich als Korruptionsbekämpfer inszenierenden Politikern deutlich wurde.²⁰¹

Zudem war es Parteien jetzt auch erlaubt, auf den untersten zwei Verwaltungsebenen - d.h. in Dörfern und in Kleinstädten Ortsverbände zu bilden.²⁰² Dazu gab es auch einen Bruch mit der Pancasila-Ideologie.

Bresnan dazu:

*„Political Parties were no longer required to have pancasila as their sole philosophical basis, although their platforms could not conflict with these five principles.“*²⁰³

Dennoch blieben vor allem auf Grund der großen Erblasten der Neuen Ordnung Probleme bestehen. So sind zwar ab 1998 viele neue Organisationen und Parteien entstanden, so Weiss, der Großteil sei dabei aber nicht wirklich unabhängig:

¹⁹⁵ SMITH; OBIDZINSKI; SUBARUDI 2003: 293f.

¹⁹⁶ HADIZ, VEDI R.; ROBINSON, RICHARD (2003). Neo-liberal Reforms and Illiberal Consolidations: The Indonesia Paradox. In: SOUTHEAST ASIA RESEARCH CENTER WORKING PAPERS SERIES 52, S. 13.

¹⁹⁷ CHUA 2008: 167.

¹⁹⁸ CHUA 2008: 173.

¹⁹⁹ WEBBER 2005: 16.

²⁰⁰ WEBBER 2005: 15

²⁰¹ MCLEOD, ROSS H.; MACINTYRE, ANDREW J. (2007): Indonesia. Democracy and the Promise of Good Governance. In: SINGAPORE: INSTITUTE OF SOUTHEAST ASIAN STUDIES (INDONESIA UPDATE SERIES). S. 111 u. CROISSANT; MERKEL 2009:283 u. BRESNAN, JOHN (2005): Indonesia. The great transition. LANHAM, MD: ROWMAN & LITTLEFIELD PUBLISHERS, S. 169

²⁰² BRESNAN 2005: 160

²⁰³ BRESNAN 2005: 159

“Most of the parties and leaders in place even after the 2004 elections have their roots in the New Order administration and armed forces – not least former general Susilo Bambang Yudhoyono, chosen as Indonesia’s first directly elected president.”²⁰⁴

Ebenso gab es nur wenige Zeichen, dass sich die Judikative in eine echte unabhängige Instanz zum Schutz des Rechtssystems verwandelt habe, so Bresnan:

“There have been few signs of evolution of the judicial system into an independent protector of human rights or into anything like an impartial and incorruptible source of the application of commercial or criminal law.”²⁰⁵

Darüberhinaus gibt es seit 2002 auch wieder einige Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit und Zensuren, ermöglicht durch ein neues Rundfunkgesetz, sowie durch Verleumdungsklagen gegen Presseberichte.²⁰⁶ Nach Webber ist es seit der Transition auch zu einer weiteren Marginalisierung der Demokratieforderungen, und zu einer Fortsetzung der Politik der „Fließenden Masse“ gekommen, derzufolge die Zivilgesellschaft weiter fragmentiert, schwach organisiert und isoliert vom politischen Entscheidungsfindungsprozess bleibt. Webber spricht weiter von einer „cohabitation von democracy and patrimonialism“²⁰⁷

3.3.3. Das Ökonomische System

Durch die Reformen der durch die Asienkrise ausgelösten Demokratisierung kam zu einer weiteren Öffnung des Ökonomischen Systems. So wurde noch 1999 ein neues Anti-Monopol Gesetz erlassen, dass monopolistische und unfaire wirtschaftliche Vorgehensweisen seitdem stärker bestraft.²⁰⁸ Zudem wurde die staatlich kontrollierte Lizenzvergabe weiter personenunabhängig und geöffnet. So gibt es seit 2000 ein neues Gesetz, dass die personenunabhängige Vergabe staatlicher Aufträge garantieren soll.²⁰⁹ Brünste/Ufen zitieren einen Geschäftsführer eines indonesischen Konglomerats: *„Now everything is open, licences are available to everyone“²¹⁰* Seit 2008 gibt es zudem ein Gesetz, das es Unternehmen erlaubt, öffentliche Informationen aus staatlichen Behörden einzuholen. Dadurch konnten institutionelle Anreize für das Entstehen neuer Organisationen im Ökonomischen System gesetzt werden. Faisal dazu: *“... the economy is more driven by market forces and there are more non-state actors involved in controlling economic sources...”²¹¹*

²⁰⁴ WEISS 2007: 36

²⁰⁵ BRESNAN 2005: 171

²⁰⁶ BRESNAN 2005: 173

²⁰⁷ WEBBER 2005: 18

²⁰⁸ Zur Überwachung wurde ebenso eine Kontrollbehörde (Commission for the Supervision of Business Competition) ins Leben gerufen. *“Throughout the 2000s the commission has become increasingly active.”*, so e10.

²⁰⁹ HARTONO 2011: 181

²¹⁰ BRÜNTE; UFEN 2009: 210

²¹¹ FAISAL 2013: 353

Durch die fortsetzende Liberalisierung ist der Druck auf das Ökonomische System ebenso gewachsen. Die durchschnittlichen Handelstarife sind von 9,5% im Jahr 1998 auf ca. 6,9% im Jahr 2010 weiter stark gefallen.²¹² Chandra ist der Meinung, dass es seit der Asienkrise zu einem noch stärkeren Neoliberalismus und zu einer noch weiteren Öffnung der Wirtschaft gekommen ist.²¹³

Vor allem klein- und mittelständischen Unternehmer sind dem verstärkten Neoliberalismus vermehrt schutzlos ausgeliefert. Durch das neu geöffnete Politische System ist es jetzt aber nicht nur den Ökonomischen Eliten möglich, Einfluss auf das Politische System zu nehmen. Wie Chandra beschreibt, kam es ab 1998 auch zu Organisationen und Demonstrationen von klein- und mittelständischen Unternehmern, die dadurch ihre wirtschaftlichen Rechte über das nun offene Politische System einfordern.²¹⁴ Nach Heise/Rucktätschel beträgt der Anteil der Klein- und Mittelständischen Betriebe an den gesamten Unternehmen 2008 immernoch 99%.²¹⁵ Deren die Wirtschaftsleistung bleibt aber gegenüber der Konglomerate weiter sehr gering, und hat sogar weiter auf jetzt nur noch 55% des BSP abgenommen.²¹⁶

Ein Forbs Magazin von 2006 lässt nach McLeod/MacIntyre zudem weiterhin die größte Konzentration im Ökonomischen System erkennen:

*„The Forbes list does point out two things, however: first, that Indonesia’s wealthiest individuals are, for the most part, those who acquired their fortunes during the New Order with the help of significant state privileges; and second, that many of them operate in business sectors that depend on securing government licences and favourable regulatory decisions, such as natural resource-based industries, gaming and cigarette manufacture.“*²¹⁷

3.3.4. Die Politökonomische Machtbalance

Für Haidz/Robinson konnten viele Elemente der alten Neuen Ordnung in einem jetzt neuen demokratischeren Umfeld, mit Hilfe von jetzt neuen und diffuseren Verbindungen überleben.²¹⁸ Sie sprechen weiter von einer *„...reorganisation of the old predatory power relations within a new system of parties, parliaments and elections that has been the central dynamic of politics in the post-Soeharto era.“*²¹⁹ Durch die Dezentralisierung kam es nach Hadiz/Robinson auch zu einer *“...replication of old relationships more strongly on the local level.“*²²⁰

²¹² CHANDRA 2011: 5.

²¹³ CHANDRA 2011: 13

²¹⁴ CHANDRA 2011: 17.

²¹⁵ 2001 waren es nach e44 99% aller Unternehmen, die rund 64% des BSP erwirtschafteten. Sind die Zahlen von e15 mit denen von e44 aus Kapitel 3.2.3 vergleichbar, dann hätten die klein- und mittelständischen Unternehmen trotz ihrer gestiegenen Masse eingestrichen an ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gegenüber der großen Wirtschaftselite eingebüßt. HEISE; RUCKTÄSCHEL 2013:306.

²¹⁶ HEISE; RUCKTÄSCHEL 2013:306.

²¹⁷ MCLEOD; MACINTYRE 2007: 101

²¹⁸ HADIZ; ROBINSON 2003:10

²¹⁹ HADIZ; ROBINSON 2003: 10

²²⁰ HADIZ; ROBINSON 2003:10

Die Politische Öffnung bot aber gerade der sino-indonesischen Wirtschaftselite zahlreiche Vorteile. Durch neue Antidiskriminierungsgesetze und Menschenrechtsverordnungen konnten die ethnischen Chinesen ihre Kultur wieder ausleben. Die chinesische Sprache, Neujahrsfeiern, Schulen und andere chinesische Organisationen waren wieder offiziell erlaubt. Viele der diskriminierenden Gesetze wurden aufgehoben.²²¹ Seit der Öffnung des Politischen Systems sind die Politischen Eliten auf Grund ständiger Wahlkämpfe zudem vermehrt auf Kapital angewiesen und werden teilweise abhängig von Spenden der chinesischen Großunternehmer. Dazu Hadiz/Robinson:

*„For politicians now facing the reality that parliamentary and electoral politics required huge financial resources, accomodation with embattled conglomerates offered the potential basis for such resources. In the end, the old conglomerates and politico-business families emerged from the tunnel with their business empires substantially intact...“*²²²

Zudem kann die sino-indonesische Wirtschaftselite jetzt die neue Privatsphäre des Politischen Systems nutzen, um über diese Druck auf die Politik auszuüben. Chua beschreibt dies so: *„For instance, demonstrations were staged to protest against foreign competitors that wanted to take over their companies.“*²²³ Auch wurde weiter die Hauptverwaltung einer der größten indonesischen Zeitungen Tempo von einem von der chinesischen Wirtschaftselite organisierten Mob bedrängt.²²⁴ Chau zitiert dabei Tomy Winata, einen bedeutenden indonesischen Magnaten der Artha-Gruppe:

*“it’s much easier to influence decision making in a democratic environment specifically in Indonesia. Famished and poor people will do everything to maintain their survival.“*²²⁵

Um noch größeren medialen Einfluss zu erlangen, werden die chinesischen Wirtschaftseliten gleich selbst zu Medienmogulen, wie ein Tempo Journalist beschreibt: *“Tomy Winata is becoming very big in the media. First, he tried to pressure the press not to write negatively about him. Now he makes media himself.“*^{226,227}

Da die 2002 durchgeführte Verfassungsänderung nun allen in Indonesien geborenen Bürgern das passive Wahlrecht gewährleistet, ermöglicht es den chinesischen Großunternehmern zudem, nun direkt als Politiker aktiv zu werden. Die Posten einiger neuer Parteiführer konnten jetzt direkt von der chinesischen Wirtschaftselite besetzt werden.²²⁸ Chua zitiert Anthony Salim, einen chinesischen Tycoon:

²²¹ CHUA 2008: 160-165.

²²² HADIZ; ROBINSON 2003:8

²²³ CHUA 2008: 127.

²²⁴ CHUA 2008: 128

²²⁵ CHUA 2008: 128

²²⁶ CHUA 2008: 128

²²⁷ Die Artha-Gruppe kaufte z.B. den Polizeiradiosender 911, die Zeitung Harian Jakarta und den Fernsehsender Jakarta TV, und errichtete ein Magazine namens Pilar. E36 128 Auch die Salim-Gruppe, ein anderes mächtiges chinesisches Konglomerat konnte die Rundfunkanstalt Indosiar wiedererwerben. CHUA 2008: 128

²²⁸ CHUA 2008: 178

“It is still some time to go [for a businessman of Chinese origin to become president], but we are closing the gap. We have a Chinese to sit [in government] as Coordinating Minister of Economy. This is close to the Vice President already.”²²⁹

Chua beschreibt weiter, wie die zuvor politisch und sozial ausgegrenzten ethnischen Eliten jetzt seit der Doppelkrise demarginalisiert werden konnten:

“In an economically sound and socially safe environment, the capitalists not only detached themselves politically from the bureaucrats and politicians, but also began to dominate them and turned them into their clients, thereby creating new dependencies that helped the tycoons to determine the outcomes of reformasi and the future of the Indonesian state in relative autonomy from their former patrons.”²³⁰

Chua geht sogar noch einen Schritt weiter: *“Through money politics and the restoration of KKN, Chinese big business thus exercised effective control over the state.”²³¹* Demnach kam es in Indonesien seit der Doppelkrise zu Anzeichen einer plutokratischen Herrschaft.²³²

Auch Lucas weist auf die Gefahren einer Plutokratie hin:

„It is entirely conceivable that the political influence of business could reach a point whereby it threatens the ability of the state to govern. If the power of business begins to undermine the integrity of state institutions, then mechanisms must be found to contain it.”²³³

In der Zeit seit 1998 kommt es somit zu zunehmenden Überschneidung von Politischen und Ökonomischen Eliten, jetzt allerdings innerhalb des Politischen System statt.

3.3.5. Zwischenfazit II

Das Politische System:

Wie politische Veränderung: Das Politische System öffnet sich de jure, wird demokratisiert und dadurch responsiver zur Zivilgesellschaft, de facto bleibt zivilgesellschaftliche Mitbestimmung stark begrenzt.

Warum politische Veränderung: Durch den gesteigerten Druck der Ökonomischen Elite auf Mitsprache und Planungssicherheit, sowie einer kurzzeitig aktivierbaren Zivilgesellschaft.

In NWW's Rahmenwerk: mehr personenunabhängige Institutionen, offenere Organisationen, eine größere private Sphäre sowie mehr politischer Wettbewerb.

Das Ökonomische System:

Wie ökonomische Veränderung: Das Ökonomische System öffnet sich de jure weiter, bleibt für klein- und mittelständische Unternehmen aber de facto limitiert.

²²⁹ CHUA 2008:178/9

²³⁰ CHUA 2008:186

²³¹ CHUA 2008:187

²³² CHUA 2008:40

²³³ LUCAS 1997: 91

Warum ökonomische Veränderung: Ökonomische Eliten sowie die Zivilgesellschaft können das offenere Politische System für ökonomische Forderungen nutzen.

Die Politökonomische Machtbalance:

Wie Machtbalance: Ökonomische Eliten gewinnen zunehmend die Kontrolle des Staat, Elemente plutokratischer Herrschaft.

Warum Machtbalance: Kapitalaufwendige mediale offene Politische System brachte die Politischen Eliten zunehmend unter Abhängigkeiten der Ökonomischen Elite.

In NWWs Rahmenwerk: Die Doppelbalance ist seit der Doppelkrise wieder hergestellt. Politisches und Ökonomisches System können eine scheinbare Unabhängigkeit entwickeln. Renten werden dabei fluid und unterstehen einem höheren Wettbewerb.

4. Gesamtfazit

Durch die Sultanisierung beruhte die Interaktion der Politischen Eliten zunehmend auf personelle Beziehungen mit idiosynkratischen sich ad-hoc-artig bildenden nicht kodifizierten Interaktionen. Da es keine private Sphäre und keinen politischen Wettbewerb gab, blieben die politischen Organisationen ohne Druck von der Zivilgesellschaft geschlossen. Somit blieben diese stets mit der individuellen Persönlichkeit definiert und somit unbeständig und nicht fortdauern. Die „Türschwellenbedingung 1“ (standardisierte, kodifizierte und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtete personenunabhängige intraelitäre Beziehungen innerhalb der Dominanten Koalition) sowie die „Türschwellenbedingung 2“ (Fortdauernde beständige personenunabhängige Organisationen) verschlechterten sich.

Zur selben Zeit begann sich aber das Ökonomische System auf Grund der nötig gewordenen Diversifizierung zu öffnen. Für die Öffnung stellte das Politische System dem Ökonomischen System zunehmend personenunabhängige Institutionen zur Verfügung, durch welche sich offenere und beständigere Organisationen entwickeln konnten. Zudem fand eine Privatisierung der Wirtschaft statt, so dass sich immer mehr Organisationen außerhalb der Sphäre und dem direkten Zugriff des Staates entwickeln konnten. Der Wettbewerb stieg dadurch, so dass die Organisationen Druck von unten. Durch zunehmend personenunabhängige Institutionen konnte sich im Ökonomischen Bereich eine gewisse Standardisierung und Reglementierung der Eliteninteraktionen entwickeln, die mehr auf einer Rechtsstaatlichkeit beruhte.

Demzufolge konnte sich die „Türschwellenbedingung“ 1 und 2 konnten sich verbessern.

Durch die zunehmende Inkompatibilität der beiden Systeme ergaben sich immer mehr Spannungen, die sich dann in der Doppelkrise 1998 entluden. Durch die Öffnung des Politischen Systems konnte die Doppelbalance wiederhergestellt werden. Die „Türschwellenbedingungen 1 und 2“ haben sich im Politischen System stark verbessert. Auch im Ökonomischen System kann mehr Rechtsstaatlichkeit entstehen.

In beiden Systemen ist also ein Fortschritt auf dem Weg zur Open Acces Order erkennbar. Allerdings bleiben Systeme schwere Mängel und Altlasten der Zeit aus der Neuen Ordnung, so dass in beiden Systemen, personelle, klientelistische, neopatrimoniale Interaktionen und Institutionen die Organisationen weiterhin für die Zivilgesellschaft geschlossen halten. Auch wenn es de jure in beiden Systemen zu einer personenunabhängigen Interaktion und zu einer Verrechtlichung gekommen ist, sind noch nicht viele Rechte zu der Zivilgesellschaft durchgesickert.

Watermarked by Michael Meier

5. Literaturverzeichnis

ACEMOGLU, DARON; ROBINSON, JAMES A. (2006): *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*. Cambridge, New York: CAMBRIDGE UNIVERSITY PRESS.

ARNEZ, MONIKA (2002): *Politische Gewalt und Macht in indonesischer Literatur von 1945 bis zur Gegenwart*. [S.l: s.n.], S. 252-243.

ASPINALL, EDWARD; KLINKEN, GEERT VAN (2011): *The State and Illegality in Indonesia*. Leiden: KITLV Press (Verhandelingen van het Koninklijk Instituut voor Taal-, Land- en Volkenkunde, 269).

ASWICAHYONO, H.; BIRD, K.; HILL, H. (2009): *Making Economic Policy in Weak, Democratic, Post-crisis States: An Indonesian Case Study*. In: WORLD DEVELOPMENT 37 (2), S. 354–370.

BENNETT, MICHAEL S. (1995): *Banking Deregulation in Indonesia*. In: JOURNAL OF INTERNATIONAL BUSINESS LAW 16 (3), S.443-481.

BERTRAND, J. (2008): *Ethnic Conflicts in Indonesia: National Models, Critical Junctures, and the Timing of Violence*. In: JOURNAL OF EAST ASIAN STUDIES 8 (3), S. 425–449.

BOLIARI, NATALIA; KUDRET, TOPYAN (2007). *Conceptualizing Institutions and Organizations: A Critical Approach*. In: JOURNAL OF BUSINESS & ECONOMIC RESEARCH 5 (1), S. 1-10.

BOOTH, ANNE (1998): *The Indonesian Economy in the 19th and 20th Centuries. A History of Missed Opportunities*. New York: St. Martin's Press (Modern economic history of Southeast Asia).

BRESNAN, JOHN (2005): *Indonesia. The great transition*. LANHAM, MD: ROWMAN & LITTLEFIELD PUBLISHERS.

BRESNAN, JOHN (2005): *Indonesia. The great transition*. LANHAM, MD: ROWMAN & LITTLEFIELD PUBLISHERS.

BÜNTE, MARCO; UFEN, ANDREAS (2009): *Democratization in post-Suharto Indonesia*. In: LONDON, NEW YORK: ROUTLEDGE (ROUTLEDGE CONTEMPORARY SOUTHEAST ASIA SERIES).

CAMPBELL, JOHN L; LINDBERG, LEON N (1990): *Property Right and the Organization of Economic Activity by the State*. In: AMERICAN SOCIOLOGICAL REVIEW 55 (5), S. 634-647.

CHANDRA, ALEXANDER C. (2011): *A Dirty Word? Neo-liberalism in Indonesia's Foreign Economic Policies*. In: INTERNATIONAL INSTITUTE FOR SUSTAINABLE DEVELOPMENT, S. 1-23.

CHUA, CHRISTIAN (2008): *Chinese Big Business in Indonesia. The State of Capital*. London, New York: Routledge (ROUTLEDGE CONTEMPORARY SOUTHEAST ASIA SERIES, 17), S. 1-197.

CROISSANT, AUREL; MERKEL, WOLFGANG (2009): *Die Dritte Demokratisierungswelle: Ost- und Südostasien*. In: Merkel, Wolfgang: Systemtransformation: Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. Auflage, Wiesbaden, 255-317.

DHANANI, SHAFIQ; ISLAM, IYANATUL (2002): *Poverty, Vulnerability and Social Protection in a Period of Crisis. The Case of Indonesia*. In: WORLD DEVELOPMENT : THE MULTI-DISCIPLINARY INTERNATIONAL JOURNAL DEVOTED TO THE STUDY AND PROMOTION OF WORLD DEVELOPMENT 30 (7), S. 1211–1231.

DJIWANDONO, J. SOEDRADJAD (2009): *Indonesian Financial Crisis Ten Years After. An Insider's View*. In: LESSONS FROM THE ASIAN FINANCIAL CRISIS, S. 39-52.

ETZIONI, AMITAI (1975): *A Comparative Analysis of Complex Organizations. On Power, Involvement, and their Correlates*: Rev. and enl. ed. New York: MACMILLAN FREE PR.

FAISAL, MOHAMMAD (2013): *Democratisation, Business Activism, and the New Dynamics of Corruption and Clientism in Indonesi*. In: WORLD ACADEMY OF SCIENCE; ENGINEERING AND TECHNOLOGY 75, S. 348-357.

FIRMAN, TOMMY (2002): *Urban Development in Indonesia, 1990-2001. From the boom to the early reform era through the crisis*. In: HABITAT INTERNATIONAL 26, S. 229-249.

FORD, MICHELE (1999): *Testing the Limits of Corporatism: Industrial Relations in Suharto's Indonesia*. In: JOURNAL OF INDUSTRIAL RELATIONS 41 (3), S. 372-390.

FREEDMAN, AMY L. (2006): *Political Change and Consolidation. Democracy's Rocky Road in Thailand, Indonesia, South Korea, and Malaysia*. 1. Aufl. New York [u.a.]: Palgrave Macmillan.

GHOSH, JAYATI (1996): *Coercive Corporatism: The State in Indonesia Capitalism*. In: SOCIAL SCIENTIST 24 (11-12), S. 36-49.

GOLLWITZER FRANKE, SOPHIA; QUINTYN, MARC (2012): *Institutional transformations, polity and economic outcomes. Testing the North-Wallis-Weingast doorsteps framework*. In: IMF WORKING PAPER WASHINGTON, DC. W/P/12/87, S. 2-57.

HADIZ, VEDI R.; ROBINSON, RICHARD (2003): *Neo-liberal Reforms and Illiberal Consolidations: The Indonesia Paradox*. In: SOUTHEAST ASIA RESEARCH CENTER WORKING PAPERS SERIES 52, S. 1-20.

HAGGARD, STEPHAN (2000): *The Political Economy of the Asian Financial Crisis*. Washington, DC: INSTITUTE FOR INTERNATIONAL ECONOMICS.

HARTONO, IRAWAN (2011): *State-Business Relations in Post-1998 Indonesia. The Role of Kadin*. Groningen: University of Groningen.

HEIDUK, FELIX (2010): *Staatszerfall als Herrschaftsstrategie. Indonesien Zwischen Desintegration und Demokratisierungsblockade am Beispiel des Aceh-Konflikts*. 1. Aufl. Baden-Baden, Berlin: Nomos; SWP, Stiftung Wissenschaft und Politik (Aktuelle Materialien zur internationalen Politik, 77).

HEISE, MATTHIAS; RUCKTÄSCHEL, KATHRIN (2013): *Indonesia's Search for Democracy. Political, Economic, and Social Developments*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Transformation, development, and regionalization in Greater Asia, 10).

HICKS, JACQUELINE (2012): *A False Start? Indonesian Business Associations as Democratic Actors in the Immediate Post-Soeharto Era*. In: INDONESIAN STUDIES WORKING PAPERS 15, S. 1-12.

HUSBY, THALE BERG (2002): *The politics of Economic Reform Implementation. An Analysis of the Indonesian and the South Korean Implementation of IMF Reforms During the Asian Economic Crisis, 1997-98*. Oslo: SUM (Dissertations & theses, 5/2002).

KITSCHOLT, HERBERT; WILKINSON, STEVEN (2007): *Patrons, Clients, and Policies. Patterns of Democratic Accountability and Political Competition*. Cambridge, UK, New York: Cambridge University Press.

LUCAS, JOHN (1997): *The Politics of Business Associations in the Developing World*. In: THE JOURNAL OF DEVELOPING AREAS 32 (1), S. 71–96.

MACINTYRE, ANDREW (2001): *Institutions and investors. The politics of the economic crisis in Southeast Asia*. In: International organization 55 (1), S. 81-122.

MACINTYRE, ANDREW J. (1994): *Organising Interests. Corporatism in Indonesian Politics*. Murdoch, W.A.: ASIA RESEARCH CENTRE ON SOCIAL, POLITICAL AND ECONOMIC CHANGE, Murdoch University (Working paper / Asia Research Centre, Murdoch University, 43), S. 1-17.

MARTINEZ, LEONARDO (2006). *Pathways Through Financial Crisis: Indonesia*. In: GLOBAL GOVERNANCE 12 (4), S. 395-412.

MCKINLEY, TERRY; OKTAVIANI, RINA; SAPARINI, HENDRI; SHAIKH, ANWAR; JUORO, UMAR (2006): *Executive Summary the Macroeconomics of Poverty Reduction in Indonesia*. INTERNATIONAL POLICY CENTRE FOR INCLUSIVE GROWTH (IPC-IG), S. 58-80.

MCLEOD, ROSS H. (2005): *The Struggle to Regain Effective Government under Democracy in Indonesia*. In: BULLETIN OF INDONESIAN ECONOMIC STUDIES 41 (3), S. 367–386.

MCLEOD, ROSS H.; MACINTYRE, ANDREW J. (2007): *Indonesia. Democracy and the Promise of Good Governance*. In: SINGAPORE: INSTITUTE OF SOUTHEAST ASIAN STUDIES (INDONESIA UPDATE SERIES). S. 73-114.

MO JONGRYN; WEINGAST BARRY R. (2012). *Political Economy of Korea's Transition, 1961-2008*. Unveröffentlichtes Manuskript.

MOHAMED ARIFF; KHALID, AHMED M. (2000): *Liberalization, Growth, and the Asian Financial Crisis. Lessons for Developing and Transitional Economies in Asia*. Cheltenham, UK, Northampton, MA: Edward Elgar.

NORTH, DOUGLASS CECIL; WALLIS, JOHN JOSEPH; WEINGAST, BARRY R. (2009): *Violence and Social Orders. A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History*. CAMBRIDGE, NEW YORK: CAMBRIDGE UNIVERSITY PRESS.

PEPINSKY, THOMAS B. (2012): *The Domestic Politics of Financial Internationalization in the Developing World*. In: DEPARTMENT OF GOVERNMENT, CORNELL UNIVERSITY
<https://courses.cit.cornell.edu/tp253/docs/finlib.pdf> 09.06.2013.

PEPINSKY, THOMAS B. (2009): *Economic crises and the breakdown of authoritarian regimes. Indonesia and Malaysia in comparative perspective*. CAMBRIDGE: CAMBRIDGE UNIVERSITY PRESS.

PIRCHER, MARION (2008): *Indonesia, Malaysia and the East Asian Crisis: An Analysis of Remedies*. UNV. DISS.; UNIVERSITÄT WIEN. http://othes.univie.ac.at/2910/1/2008-08-13_9815456.pdf - 09.06.2013.

ROSSER, ANDREW (2002): *The Politics of Economic Liberalisation in Indonesia. State Market and Power*. RICHMOND, SURREY: CURZON.

ROBISON, RICHARD (2000): *Politics and markets in the wake of the Asian crisis*. [... outcome of the proceedings of an international conference in August 1998, organized by the Asia Research Centre, and Yongsei University]. London [u.a.] (Asian capitalisms).

SARASWATI, JARY (2002). *Entwicklungspfade einer Übergangsgesellschaft am Beispiel der Entwicklung Indonesiens*. UNV DISS: UNIVERSITÄT REGENSBURG, S. 114-142.

SLATER, DAN (2010): *Altering Authoritarianism. Institutional Complexity and Autocratic Agency in Indonesia*. In: EXPLAINING INSTITUTIONAL CHANGE : AMBIGUITY, AGENCY, AND POWER. CAMBRIDGE [u.a.]: Cambridge Univ. Press, S. 132–167.

SMITH, J.; OBIDZINSKI, K.; SUBARUDI; SURAMENGALA, I. (2003): *Illegal Logging, Collusive Corruption and Fragmented Governments in Kalimantan, Indonesia*. In: INTERNATIONAL FORESTRY REVIEW 5 (3), S. 293–302.

STERN, JOSEPH J. (2003): *The Rise and Fall of the Indonesian Economy*. In: HARVARD UNIVERSITY FACULTY RESEARCH WORKING PAPERS SERIES, RWP03-031. S. 1-40.

TAN, KONG YAM (2002): *Asian economic recovery. Policy options for growth and stability*. Singapore, New Jersey: Singapore University Press; World Scientific Pub.

UFEN, ANDREAS (2002): *Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien (1965-2000)*. Hamburg: IFA (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, 348).

WEBBER, DOUGLAS (2005): *A Consolidated Patrimonial Democracy? Democratization in Post-Suharto Indonesia*. Fontainebleau: INSEAD (FACULTY & RESEARCH / INSEAD EPS/EACRC, 2005,45), S. 1-29.

WEISS MEDEDITH L. (2007). *What a Little Democracy Can Do: Comparing Trajectories of Reform in Malaysia and Indonesia*. In: DEMOCRATIZATION 14 (1), S. 26-43.

WINTERS, JEFFREY A. (1988): *Indonesia: The Rise of Capital: A Review Essay*. In: SOUTHEAST ASIA PROGRAM PUBLICATIONS AT CORNELL UNIVERSITY 45, S. 109-128.